



**Anwesend sind:** Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner als Vorsitzender, die Vizebürgermeister Mag. Josef Mayer (ÖVP) und LAbg. Günter Kovacs (SPÖ), die Stadträte Mag. Dr. Michael Freismuth (ÖVP), Walter Laciny (ÖVP), Johann Skarits (ÖVP) und Renée Maria Wisak (SPÖ), die Gemeinderäte Birgit Tallian (ÖVP), Josef Weidinger (ÖVP), Adelheid Hahnekamp (ÖVP), Andrea Zänglein (ÖVP), Istvan Deli (ÖVP), Werner Klikovits (ÖVP), Ruth Klinger-Zechmeister (ÖVP), Johann Wagner (ÖVP), Mag. Josef Christian Schmall (ÖVP), Gerald Hicke (ÖVP), Bernd Weiß (SPÖ), Mag. Klaus Mracek (SPÖ), Dr. Ramin Pecnik (SPÖ), Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt (SPÖ), Mag. Dr. Richard Mikats (SPÖ), Niklas Tschida (SPÖ), Ulrike Locsmandi (SPÖ), Mag. Yasmin Dragschitz (Grüne), LAbg. Mag. Regina Petrik (Grüne), Anja Haider-Wallner (Grüne), LAbg. Géza Molnár (FPÖ), Dr. Gottfried Traxler (FPÖ) und Magistratsdirektorin Mag.<sup>a</sup> Gerda Török zugleich als Schriftführerin.

Vor Beginn der Sitzung gibt Herr Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner bekannt, dass der *TOP 17- Schlossparkordnung, Abänderung, Beratung und Beschlussfassung* von der Tagesordnung abgesetzt wird. „Da von verschiedenen Fraktionen Anregungen eingegangen sind, werde ich mir erlauben, vor der nächsten Gemeinderatssitzung alle Fraktionen zu einem Gespräch einzuladen, damit wir die Sache besprechen können und alle Anregungen auch entsprechend aufnehmen können. Dementsprechend ändert sich natürlich die Tagesordnung, die Sie erhalten haben.“

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest und bestellt Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister und Gemeinderat Dr. Gottfried Traxler zu Beglaubigern dieser Niederschrift.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Verhandlungsschriften vom 21.09.2016 und vom 17.10.2016 unterfertigt und beglaubigt für die Mitglieder des Gemeinderates zur Einsicht aufgelegt worden sind. Da hierüber keine Einwendungen erfolgten und auch keine Wortmeldungen vorliegen, trifft er die Feststellung, dass die Verhandlungsschriften vom 21.09.2016 und vom 17.10.2016 einstimmig genehmigt worden sind.

## **1. Heizkostenzuschuss 2016/2017, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Werner Klikovits das Wort. Dieser erstattet folgenden

### **Bericht**

In den letzten fünf Jahrzehnten wurde von der Freistadt Eisenstadt im Rahmen der Weihnachtsaktion sozial schwachen Bewohnern ein Heizkostenzuschuss gewährt. Diese Tradition sollte fortgeführt werden.

Der Heizkostenzuschuss kann nur 1 x pro Haushalt gewährt werden. Ausschlaggebend ist das Haushaltseinkommen, wobei z.B. Lehrlingsentschädigung, Alimente, Wohnbeihilfe usw. hinzuzuzählen sind.

Die Mitglieder des Sozialausschusses haben sich in der Sitzung vom 07.11.2016 daher mehrstimmig dafür ausgesprochen, dass auch für die Heizperiode 2016/2017 ein Heizkostenzuschuss von der Freistadt Eisenstadt gewährt werden soll.

### **BESCHLUSSANTRAG**

**Der Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt beschließt, dass für die Heizperiode 2016/2017 allen Personen mit Hauptwohnsitz in Eisenstadt ein Heizkostenzuschuss gewährt wird. Anspruchsberechtigt sind Personen,**

- **denen eine Rezeptgebührenbefreiung zuerkannt wurde**
- **deren Familieneinkommen den ASVG-Ausgleichszulagenrichtsatz nicht überschreitet**
- **oder die Anspruch auf Mindestsicherung haben.**

**Der einmalige Heizkostenzuschuss für die Heizperiode 2016/2017 beträgt für:**

- |  |          |
|--|----------|
| a) Pensionisten allein lebend                                  | € 110,00 |
| b) Pensionistenpaare   | € 135,00 |
| c) Personen mit Anspruch auf Mindestsicherung                  | € 70,00  |
| d) Personen mit mind. 1 Kind und Anspruch auf Mindestsicherung | € 110,00 |
| e) Paare mit mind. 1 Kind und Anspruch auf Mindestsicherung    | € 160,00 |

**Im Jahr 2014 wurde der Heizkostenzuschuss um 10% bis 16% erhöht. Das Land Burgenland kürzte in der Heizperiode 2015/2016 den Heizkostenzuschuss.**

**Der Antrag ist bis 28.02.2017 beim Magistrat der Freistadt Eisenstadt unter Vorlage eines Einkommensnachweises einzubringen.**

**Für die Aktion Heizkostenzuschuss 2016/2017 wird ein Betrag von Euro 33.000,00 zur Verfügung gestellt. Die notwendige Deckung ist im Kapitel 459-757 - sozialpolit. Maßnahmen gegeben.**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs das Wort. Dieser führt aus:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Der Heizkostenzuschuss, ein sehr wichtiges Thema für die Menschen, die es in Eisenstadt brauchen. Das sind doch recht viele, so an die 200 Menschen, da ist dieser Personenkreis groß. Deshalb stellt meine Fraktion den Antrag, den Heizkostenzuschuss in Eisenstadt zu erhöhen, auch aus diesem Grund, weil die € 33.000,-- die veranschlagt sind, ja nicht zur Gänze ausgeschöpft werden, sondern nur ein Teil davon. Wenn man sich das ansieht, wie die Lage momentan für viele schlecht ist, wenn man zur Rot-Kreuz-Tafel geht, jeden Samstag stehen dort Schlangen von Eisenstädtern, die Unterstützung brauchen. Ich bitte daher um eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses um 20 %, wie auch im Ausschuss von der Stadträtin schon erwähnt, 20 % wäre für die Stadt Eisenstadt tragbar.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich möchte anmerken, dass Herr Gemeinderat Klikovits das ohnehin auch angemerkt hat, dass wir in der Stadt Eisenstadt im Vergleich zu anderen Gemeinden einen sehr hohen Heizkostenzuschuss vorgesehen haben. Ich finde es ein bisschen kurios, lieber Günter, dass gerade du diesen Antrag hier stellst. Du hast ja im Landtag dagegen gestimmt, den Heizkostenzuschuss zu erhöhen. Du hast sogar dafür gestimmt, ihn im Land zu reduzieren, insofern halte ich das für eine sehr durchsichtige Aktion, die du hier gestartet hast. Aber es sei dir unbenommen, so soll es sein.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, eines ist schon klar, wenn man im Land beantragt, und man in der Stadt nicht für eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses ist, dann ist das für mich ein Widerspruch. Das heißt, heute hast du die Möglichkeit einfach dabei zu sein, um die Erhöhung des Heizkostenzuschusses durchzubringen.

Das ist glaube ich ein Schritt. Im Land hast du das voriges Jahr beantragt, und ich mache das ganz gleiche heute und hier. Dann wissen wir, ob du eigentlich einen höheren Heizkostenzuschuss haben möchtest oder eben nicht. Oder ob das nur ein Scheingefecht ist.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Der Unterschied, bevor ich Géza das Wort übergebe, ist der, dass der Heizkostenzuschuss in der Stadt mittlerweile höher ist als im Land. Ihr habt ja beschlossen, den Heizkostenzuschuss zu reduzieren, nicht nur nicht zu erhöhen sondern zu reduzieren. Das ist die eine Geschichte und ehrlich gesagt, von Widersprüchen zu sprechen, finde ich aus deinem Munde in dem Fall für kurios.“

Gemeinderat LAbg. Géza Molnár:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Dr. Traxler und ich werden dem Abänderungsantrag aus zwei Gründen nicht zustimmen. Einerseits weil uns eine Erhöhung um 20 % doch etwas zu ausnehmend erscheint und zweitens, weil der Heizkostenschuss kumulativ bezogen werden kann und heuer im Land, soweit ich weiß, ohnehin wieder eine Erhöhung vorgesehen ist. Danke!“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann darf ich den Abänderungsantrag vom Herrn 2. Vizebürgermeister zur Abstimmung bringen.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der *Abänderungsantrag* mit den Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs, Stadträtin Renée Maria Wisak, Bernd Weiß, Mag. Klaus Mracek, Dr. Ramin Pecnik, Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt, Mag. Dr. Richard Mikats, Niklas Tschida und Ulrike Locsmandi gegen die Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Mag. Josef Mayer, Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadtrat Walter Laciny, Stadtrat Hans Skarits, Birgit Tallian, Josef Weidinger, Adelheid Hahnekamp, Andrea Zänglein, Istvan Deli, Werner Klikovits, Ruth Klinger-Zechmeister, Johann Wagner, Mag. Josef Christian Schmall sowie Gerald Hicke, gegen die Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder Mag. Yasmin Dragschitz, LAbg. Mag. Regina Petrik und Anja Haider-Wallner sowie gegen die Stimmen der

FPÖ-Gemeinderatsmitglieder – LAbg. Géza Molnár und Dr. Gottfried Traxler nicht zum Beschluss erhoben wurde.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der *Hauptantrag* einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

## **2. Tagesbetreuung Senioren – Förderung, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Werner Klikovits das Wort. Dieser erstattet folgenden

### **Bericht**

Seit 1. Oktober 2009 besteht die Senioren-Tagesbetreuung in Eisenstadt.

2016 haben 9 Personen diese hervorragende Betreuungsform in Anspruch genommen.

Diese Betreuungsform hat den Vorteil, dass man nicht gleich in die stationäre Pflege der Seniorenpension dauerhaft übersiedeln muss. Der Verbleib in der gewohnten Umgebung ist sowohl in psychischer als auch in physischer Hinsicht für die Pflegebedürftigen und deren Angehörige von großer Bedeutung.

Diese moderne Betreuungsform wird vom Land Burgenland entsprechend den „Richtlinien 2008 des Landes Burgenland zur Durchführung und Förderung der Senioren-Tagesbetreuung“ gefördert.

Damit alle EisenstädterInnen diese Art der Betreuung in Anspruch nehmen können, hat der Gemeinderat in der Sitzung vom 29.09.2009 eine Förderung von maximal Euro 25,-- je Betreuungstag beschlossen.

Diese Betreuungsform hat sich sehr bewährt und sollte daher auch weitergeführt werden.

Die Mitglieder des Sozialausschusses stellen daher folgenden einstimmig angenommenen Antrag an den Gemeinderat:

### **BESCHLUSSANTRAG**

**Die Freistadt Eisenstadt gewährt den Eisenstädter BürgerInnen, welche die Senioren-Tagesbetreuung in der Seniorenpension Eisenstadt in Anspruch nehmen, eine Unterstützung von maximal Euro 25,-- je Betreuungstag, wobei**

die Gesamtförderung (Land u. Stadt) die Betreuungskosten nicht überschreiten darf.

Diese Aktion ist vorerst bis 31.12.2017 befristet.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

### **3. Kinderbetreuungseinrichtung Kleinhöflein, Zweckzuschuss, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Birgit Tallian das Wort. Diese erstattet folgenden

#### **Bericht**

Der Gemeinderat hat den Beschluss zur Schaffung einer 4. Kindergartengruppe gefasst. Um eine Förderung seitens der Landesregierung zu bekommen, muss sich die Freistadt Eisenstadt verpflichten, die Bildungseinrichtung für 10 Jahre geöffnet zu halten. Bei Nichteinhalten dieser Verpflichtung muss die Freistadt Eisenstadt den Zweckzuschuss an die Landesregierung zurückzahlen.

#### **BESCHLUSSANTRAG**

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Freistadt Eisenstadt verpflichtet sich, das im Rahmen des Bauprogramms „Bauprogramm 2000 für Kinderkrippen, Kindergärten, alterserweiterte Kindergärten, Horte und heilpädagogische Kindergarten- oder Hortgruppen“ geförderte Bauvorhaben Kinderbetreuungseinrichtung Kleinhöflein (öffentlicher Kindergarten, öffentliche Kinderkrippe, öffentlicher alterserweiterter Kindergarten) für die Dauer von mind. 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der vollständigen Gewährung des Zweckzuschusses (§ 31 Abs. 11 Burgenländisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz 2009 – Bgld. KBBG 2009) durch das Land Burgenland zu führen.

Im Falle einer Nichteinhaltung dieser Zusage verpflichtet sich die Freistadt Eisenstadt auf Verlangen des Landes Burgenland zur Rückerstattung des gewährten Zweckzuschusses.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

#### **4. Straßenbenennungen, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Stadtrat Walter Laciny das Wort. Dieser erstattet folgenden

##### **Bericht**

Im Aufschließungsgebiet Obere Kirchtaläcker sind sechs neue Straßen zu benennen. Der Stadtbezirksausschuss Eisenstadt hat über die Straßenbenennungen beraten und dem Ausschuss für Kultur und Tourismus vorgelegt.

Es ergeht der Antrag, die Straßenzüge, wie im beiliegenden Plan bezeichnet, wie folgt zu benennen:

Bockgartenstraße

Kuchlgartenweg

Maria Perschy-Straße

Lorbeerstraße

Lavendelstraße

Melinda Esterházy-Straße

##### **BESCHLUSSANTRAG**

**Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt, die oben beschriebenen Straßenzüge lt. beiliegendem Plan**

**Bockgartenstraße, Kuchlgartenweg, Maria Perschy-Straße, Lorbeerstraße, Lavendelstraße und Melinda Esterházy-Straße**

**zu benennen.**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrte Anwesende!

Wir begrüßen es sehr, dass bei den Straßenbenennungen dieses Mal auch Frauen berücksichtigt worden sind, sogar 2 Frauen. Leider mussten wir aber erfahren, dass man sich im Stadtbezirksausschuss St. Georgen bei der letzten Sitzung dafür

entschieden hat, zwei Straßenbenennungen zu streichen, die ebenfalls reale Frauen berücksichtigt hätten. Und zwar mit der Begründung, die Namen wären zu lang, die Namen lauten: Susanne Weber-Gasse und Schwester Mansuetta-Gasse. Was haben wir heute beschlossen, Melinda Esterházy-Straße. Als jemand, der in der Bischof Stefan Laszlo-Straße wohnt, frage ich mich natürlich, warum man mit Männernamen da weniger Probleme hat, eben auch, wenn sie etwas länger sind, und vielleicht mag ja die Stadtbezirksvorsteherin unter dem Punkt „Allfälliges“ kurz Stellung beziehen, wieso die Länge eines Namens in St. Georgen dann ausschlaggebend ist, wenn es sich um einen Frauennamen handelt. Danke!“

Gemeinderat LAbg. Géza Molnár:

„Meine Damen und Herren!

Diese Wortmeldung erfolgt jetzt nicht auf Grund der Geschlechterthematik, auch wenn ich jetzt gleich einen Mann vorschlagen werde. Nein, meine Damen und Herren, ich war am Reformationsfeiertag in der Evangelischen Kirche – wir haben das Reformationsjahr jetzt begonnen, 500 Jahre Reformation – ich rege an, bei einer der nächsten Benennungen, auch „Martin Luther“ in der Stadt vorzusehen, weil es ein Zeichen an die Protestanten, die wir in der Freistadt haben, ist. Danke!“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich würde ersuchen, es hat sich bei den Straßenbenennungen die Vorgangsweise bewährt, dass die Dinge immer im jeweiligen Stadtbezirksausschuss beraten wurden, dass wir das auch künftig so halten und wir uns quasi .....

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich habe jetzt gemeint wegen der Martin Luther-Straße. Géza, könnte man das beim nächsten Mal im Rahmen des Stadtbezirksausschusses einbringen und dann auch diskutieren.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Wann immer er auch stattfindet, so wie es im Stadtrecht auch vorgesehen ist.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

## **5. Etappenplan „Barrierefreiheit und Inklusion in Eisenstadt“, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese erstattet folgenden

### **Bericht**

Das Thema Barrierefreiheit und Inklusion nimmt in unserer Gesellschaft einen immer höheren Stellenwert ein. Dabei geht es nicht nur darum, den Zugang zu Gebäuden zu gewährleisten, sondern auch beispielsweise darum, Informationen in leichtverständlicher Sprache zu verfassen. Es sollen Orientierungshilfen für blinde Menschen und Menschen mit Sehbehinderungen, induktive Höranlagen für gehörlose Menschen oder Menschen mit einer Hörbehinderung geschaffen werden.

Aus diesem Grund hat sich die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt entschlossen, einen Etappenplan zur Umsetzung von Barrierefreiheit und Inklusion für die Landeshauptstadt auf den Weg zu bringen. Der Etappenplan „Barrierefreiheit und Inklusion in Eisenstadt“ dient dazu, Barrieren schrittweise abzubauen und die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen. Die Ausarbeitung des Etappenplanes wurde im Herbst 2016 abgeschlossen und soll nun durch den Gemeinderat beschlossen werden.

Neben baulichen Barrieren sollen auch Barrieren der Kommunikation und Information schrittweise abgebaut werden.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden:

### **BESCHLUSSANTRAG**

**Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt den Etappenplan „Barrierefreiheit und Inklusion in Eisenstadt“.**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat LAbg. Géza Molnár das Wort. Dieser führt aus:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt Themen, bei denen man als Politiker, wenn man seine Ruhe haben möchte, bestenfalls keine differenzierte Meinung hat, und wenn man sie hat, sie am besten nicht äußert. Klassisches Beispiel ist wohl die Feuerwehr: stimme einmal gegen die Feuerwehr und mache dich auf etwas gefasst! Wir kennen das auch auf anderen Ebenen, mit erneuerbaren Energien, Klimawandel usw. Das sind Themen, wo sich doch manchmal der Eindruck ergibt, dass es nicht um eine sachliche Diskussion geht, sondern, wenn jemand eine gegenteilige Meinung äußert, dass es schlicht und einfach ums Niedermachen geht. Ich bin der Meinung, so heikel es auch ist, dass es beim vorliegenden Thema ähnlich ist, dennoch werden mein Kollege Dr. Traxler und ich diesem Etappenplan heute nicht zustimmen und ich möchte das auch wie folgt begründen: Es steht auch für uns außer Streit, dass es Maßnahmen zur Barrierefreiheit braucht. So ein Etappenplan ist grundsätzlich nichts Schlechtes, weil das Ziel grundsätzlich erstrebenswert ist, und weil es nicht nur den klassischen Rollstuhlfahrer betrifft, der Gott sei Dank, nicht allzu häufig vorkommt oder verhältnismäßig selten vorkommt, sondern viele andere auch, seien es ältere Herrschaften, die schwer zu Fuß unterwegs sind, einen Stock haben, einen Rollator haben, seien es Eltern mit Kinderwägen usw. Es ist für uns auch keine Frage, dass öffentliche Gebäude barrierefrei zugänglich sein sollen und dass die Stadt insgesamt, soweit wie möglich, barrierefrei gestaltet werden soll. Der Plan ist sehr umfangreich, er hat einen Maßnahmenkatalog, der viele Seiten umfasst und ich habe dann am Schluss dann doch den Eindruck, dass Fragen der Zweckmäßigkeit und im Endeffekt auch der Wirtschaftlichkeit sowie der Sparsamkeit ausgespart wurden. Es wird auch nicht ausgeführt, was das ungefähr kosten wird, wie man es finanzieren möchte usw. Vielleicht läuft es ein bisschen nach dem Motto ab „wenn es um Behinderte geht, wird schon keiner etwas sagen“, ich weiß, das ist sehr heikel. Mein Zugang und unser Zugang ist der, was leicht geht, und was wenig kostet, dass sollte man gleich machen, ebenso sollte man jene Dinge gleich machen, die auch objektiv betrachtet unbedingt notwendig sind. Umgekehrt sollten manche Maßnahmen warten, das ist in diesem Etappenplan noch vorgesehen bis beispielsweise beim jeweiligen Gebäude eine größere Umbau- oder Sanierungsmaßnahme notwendig ist. Es gibt meines Erachtens auch Maßnahmen, bei denen man schon überlegen sollte, ob man nicht darauf verzichtet. Meines Erachtens muss

es nicht zwangsläufig so sein, dass jeder Raum in einem öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich ist. Für mich ist gerade im öffentlichen Bereich wesentlich, dass der Bürger, der etwas von der Behörde braucht, auch zu dieser Dienstleistung kommt. Ob das jetzt ein konkretes Zimmer sein muss, ob jedes Zimmer ein barrierefreies Türschild braucht, das stelle ich schon in Frage. Und dann gibt es Maßnahmen in diesem Etappenplan, wo ich mir wirklich die Frage stelle, ob das zweckmäßig ist. Wenn zum Beispiel drinnen steht, dass die Terrassen im Rathaus barrierefrei zugänglich sein sollten. Es kennt jeder die baulichen Gegebenheiten, ja, ich weiß nicht, ob man da ein bisschen übers Ziel hinaus schießt. Mir ist bewusst, dass manche der Betroffenen mit dem selbstbestimmten Leben, das sie verständlicherweise führen wollen, argumentieren, aber es gibt meines Erachtens auch Grenzen. Man könnte technisch sicherlich noch viel mehr machen, also auch für Schwerstbehinderte, die beispielsweise nicht nur an den Rollstuhl gefesselt sind. Man könnte in anderen Bereichen noch viel mehr machen, technisch wäre es – ich will es wirklich nicht ins Lächerliche ziehen, aber ich überspitze es, um es auch herauszustreichen, sicherlich möglich, Forst- und Waldwege barrierefrei zu machen. Uns muss bewusst sein, dass jeder Euro, der für eine Maßnahme ausgegeben wird, die vielleicht auch in ganz seltenen Fällen einem einzelnen zugutekommt, auf einer anderen Seite nicht mehr ausgegeben werden kann, wenn es um Kernaufgaben der Stadt geht, und wo ungleich mehr Menschen betroffen sind. Ich bringe jetzt noch ein anderes Beispiel, weil mir das auch im Gedächtnis geblieben ist: Als am Hyrtl-Platz die damals dort stehende Immobilie geschliffen wurde, dort ist dann ein Parkplatz hingekommen, haben unter anderem die Freiheitlichen angeregt, eine Treppe zum Parkplatz Freibad zu bauen. Das war jetzt keine protokollierte Begründung, warum das jetzt nicht gekommen ist, aber hinter vorgehaltener Hand hat man gehört, dass, wenn man eine Treppe baut, müssen wir dort auch eine Rampe bauen. Das ist erstens technisch schwierig und zweitens einigermaßen teuer. Das Resultat sehen wir eben heute, es gibt keine Treppe. Ich mache es mir bei diesem Thema wirklich nicht einfach, wir sagen „ja“ zur Barrierefreiheit, aber mit Maß und Ziel. So heikel die Formulierung bei dem Thema auch sein mag, ich glaube schon, dass Aspekte der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit da auch nicht ganz ausgespart werden dürfen. Ich meine es wirklich nicht böse. Ich bin in diesem Bereich auch familiär sensibilisiert, weil ich im engsten verwandtschaftlichen Umfeld zwei Fälle habe, wo

schwere körperliche Behinderungen vorliegen. Es war mir trotzdem ein Anliegen, das in diesem Sinne jetzt zu äußern. Danke schön!“

Gemeinderätin Anja Haider-Wallner:

„Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Wir begrüßen diesen Etappenplan, wir finden ihn auch sehr ausführlich und wir wollen die Einzelmaßnahmen nicht kommentieren. Ich finde es begrüßenswert, dass hier NGO's mitgearbeitet haben, die mit dem Thema auch befasst sind. Das, was uns so ein bisschen aufgefallen ist, ist, dass die erste Etappe ja eigentlich schon laut Plan 2015 begonnen hätte. Wenn wir im Plan bleiben, dann müsste man die Maßnahmen zur Etappe 1 alle im nächsten Jahr umsetzen. Ist das budgetiert? Werden wir das im Budget, im Voranschlag dann auch sehen? Oder verschiebt sich der ganze Plan um 2 Jahre, damit man diese Investitionen wie ursprünglich beabsichtigt auf 3 Jahre aufteilen kann?“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Wir werden diesem Etappenplan natürlich zustimmen. Ich möchte aber schon erwähnen, lieber Géza, Gleichberechtigung für jeden Menschen ist ein Gebot der Stunde. Das ist auch ganz wichtig, für uns Sozialdemokraten ist es ganz klar, dass es für jeden den gleichen Zugang geben muss. Wenn du schon die Terrasse im Rathaus ansprichst, dann muss machbar sein, dass auch ein Mensch, der vielleicht im Rollstuhl sitzt auch zu dem Genuss kommt, auf die Terrasse zu gehen, um Kaffee zu trinken oder vielleicht um eine zu rauchen. Wir werden diesem Antrag zustimmen!“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich möchte vielleicht noch eine kurze Anmerkung zu dem Thema machen. Es ist wirklich ein schwieriges und sensibles Thema. Wir haben uns vor einiger Zeit dazu entschlossen, sozusagen planmäßig vorzugehen und uns zu überlegen, was können wir in der Stadt tun, um möglichst eine Barrierefreiheit herzustellen. Wir haben dazu Experten und vor allem Betroffene, die NGO's, die angesprochen worden sind, sind alles Vereinigungen von betroffenen behinderten Menschen, ob das jetzt Sehbehinderungen sind oder körperliche Behinderungen. Ich muss ehrlich sagen, dass die Reaktion dieser Betroffenen extrem positiv ist, sie haben wirklich eine

Freude daran, hier mitzuarbeiten. Sie sehen auch, dass das Thema ernst ist und wir das nicht irgendwie machen, sondern hier eine Ernsthaftigkeit an den Tag legen. Natürlich ist die Finanzierung von Maßnahmen immer ein Thema, wir haben allerdings auch die Situation, dass wir rechtliche Vorgaben und Vorschriften haben, die auch einzuhalten sind. Auch dort ist immer die Verhältnismäßigkeit ein Thema, das heißt, man muss nicht extrem teure Umbauten vornehmen, wenn nicht gerade ein Bauvorhaben in einem Gebäude ansteht. Das ist auch immer im Einzelfall zu beurteilen. Der Sinn des Planes ist es, dass man eine Leitlinie hat, welche Dinge sind notwendig zu tun, und geplant ist übrigens wirklich die Vorgangsweise, dass zunächst jene Dinge, die rasch und günstig zu machen sind, auch umgesetzt werden. Was die Frage der Einhaltung des Planes betrifft, der gesamt Plan hat sich ehrlich gesagt verzögert. Aber wir werden das schrittweise umsetzen und werden natürlich budgetär auch entsprechende Vorsorge treffen. Wenn man jetzt zum Beispiel die Barrierefreiheit im Allsportzentrum hernimmt, gibt es unterschiedliche Maßnahmen, Dinge, die man rasch und kostengünstig lösen kann und dann die Frage, wie kommt ein gehbehinderter Mensch auf die Tribüne, ist mit Mehrkosten verbunden. So werden wir das aufteilen und werden wir das von Budget zu Budget entsprechend vorsehen. So ist der Plan und die Vorgangsweise und ich finde, dass dieser Etappenplan insofern ein gutes Instrument ist, weil man eine Leitlinie hat, man kann dort immer hineinschauen, was hat man noch nicht gemacht, was sollte man noch tun bzw. was ist zu tun. Es ist auch, so finde ich, ein gutes Signal zum Thema und an die betroffenen Menschen, die die Stadt hier aussenden kann.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Mich würde trotzdem interessieren, wie viel für das nächste Jahr im Budget konkret dafür vorgesehen ist.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Wir haben noch kein Budget!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Naja, aber ihr seid am Basteln. Ich hoffe nicht, dass ihr jetzt erst damit anfängt, wenn wir das beschließen sollen. So ungefähr, in welchem Rahmen sich das bewegt, dass man hier glaubt, dass man Ausgaben haben wird, wenn man es in diesen Etappen jetzt durchziehen möchte. Da sind doch sehr viele Vorschläge drinnen,

wenn man die alle unterbringen würde, dann würde das schon ein sehr hohes Budget sein, was man hier vorsehen sollte oder müsste.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, aber deshalb heißt es ja „Etappenplan“, weil das eben bis ins Jahr 2030 erfüllt werden soll. Wir haben in verschiedenen Projekten Kosten für Barrierefreiheit vorgesehen, ob das jetzt beim Umbau der Neuen Mittelschule ist, dort ist eben ein Teil dieser € 4,2 Millionen, die wir ja gemeinsam beschlossen haben, auch für die barrierefreie Gestaltung der Schule vorgesehen. Ich kann es jetzt aus dem Kopf heraus nicht sagen, aber wir können das gerne im Zuge der Budgetgespräche bzw. der Diskussionen um das Budget im Detail erörtern. Aber es sind Dinge vorgesehen, der größte Brocken ist die Neue Mittelschule.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Mag. Josef Mayer, Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadtrat Walter Laciny, Stadtrat Hans Skarits, Birgit Tallian, Josef Weidinger, Adelheid Hahnekamp, Andrea Zänglein, Istvan Deli, Werner Klikovits, Ruth Klinger-Zechmeister, Johann Wagner, Mag. Josef Christian Schmall sowie Gerald Hicke, den Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs, Stadträtin Renée Maria Wisak, Bernd Weiß, Mag. Klaus Mracek, Dr. Ramin Pecnik, Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt, Mag. Dr. Richard Mikats, Niklas Tschida und Ulrike Locsmandi sowie den Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder Mag. Yasmin Dragschitz, LAbg. Mag. Regina Petrik und Anja Haider-Wallner gegen die Stimmen der FPÖ-Gemeinderatsmitglieder – LAbg. Géza Molnár und Dr. Gottfried Traxler zum Beschluss erhoben wurde.

## **6. Errichtungsbeschluss für Verkehrsflächen Hotterweg und Fasangasse, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese erstattet folgenden

### **Bericht**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beabsichtigt gem. § 6 Abs. 1 Bgld. Straßengesetz 2005 i.V.m. § 12 EisStR 2003 i.d.g.F i.V.m. §§ 8 und 9

Bgld. BauG die Neuerrichtung bzw. Verbreiterung folgender Straßenzüge zu beschließen:

- 1.) Hotterweg (zwischen Bankgasse u. Dr. Ludwig Lesergasse)
- 2.) Fasangasse (Durchstich zur Dr. Ludwig Lesergasse)

Aufgrund von Aufschließungsmaßnahmen (erstmalige Herstellung der Verkehrsfläche), einer dem Straßenzustand entsprechenden Wiederherstellung der Verkehrsfläche, Verbreiterung der vorhandenen Verkehrsfläche, stadtplanerischer Zielsetzungen (Verkehrssicherheit, Straßenraum, etc) ist eine Umsetzung der gegenständlichen Straßenbauprojekte notwendig.

Der Hotterweg und die Fasangasse sind im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Eisenstadt als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesen.

Gemäß § 9 Abs. 1 u. 2 Bgld. Baugesetz i.d.g.F. sollen für notwendige Aufschließungsmaßnahmen (Herstellung, Wiederherstellung oder Verbreiterung der Verkehrsfläche und Straßenbeleuchtung) Kostenbeiträge vorgeschrieben werden.

Gemäß § 8 Abs. 3 Bgld. Baugesetz i.d.g.F. entsteht die Abtretungsverpflichtung mit der Beschlussfassung des Gemeinderates über die Errichtung oder Verbreiterung der öffentlichen Verkehrsfläche und ist mit der Baubewilligung oder mit gesondertem Bescheid auszusprechen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

### **BESCHLUSSANTRAG**

**Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt gem. § 6 Abs. 1 Bgld. Straßengesetz 2005 i.V.m. § 12 EisStR 2003 i.d.g.F. i.V.m. §§ 8 und 9 Bgld. BauG die Neuerrichtung bzw. Verbreiterung folgender Straßenzüge, da die Errichtung der notwendigen Bauplatzerschließung, der notwendigen Verbreiterung der öffentlichen Verkehrsfläche und der Verkehrssicherheit dient und das öffentliche Interesse und die Notwendigkeit der Neuerrichtung bzw. Verbreiterung der Verkehrsflächen gegeben ist.**

**1.) Hotterweg (zwischen Bankgasse u. Dr. Ludwig Leser-Gasse)****2.) Fasangasse (Durchstich zur Dr. Ludwig Leser-Gasse)**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrte Anwesende!

Wie man sehen kann, ist diese Bautätigkeit im Bereich Untere Kirchtaläcker Ost mittlerweile angelaufen. Als bei der Baulandfreigabe klar war, dass auch der Hotterweg umgestaltet werden müsste, haben wir auf zwei für uns sehr wichtige Aspekte bei der Gestaltung hingewiesen. Zum einen ging es um die „Wildparker“ und zum anderen ging es um die Frage des Radweges. Deshalb auch meine Fragen jetzt: Sieht die derzeitige Gestaltung eine Eindämmung oder eine Auseinandersetzung mit der Problematik des „Wildparkens“ in dem oberen Bereich des Hotterweges vor? Wie schaut es mit der Radwegesituation aus? Da jetzt Herr Bürgermeister mit dem Rad in Eisenstadt unterwegs war, hoffen wir auf ein bisschen mehr Verständnis für die Situation von Radfahrern und Radfahrerinnen.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das können Sie! Was den Hotterweg betrifft, natürlich sind diese Baumaßnahmen nicht nur notwendig, sondern werden auch dazu führen, dass diese „Wildparkerei“ eingedämmt wird. Ich nehme an, du meinst den Radweg nach Kleinhöflein bei der Mandelallee. Ja, das ist derzeit technisch nicht möglich. Ich kann aber aus eigener Erfahrung sagen, ich bin dort relativ oft gefahren, es ist auch jetzt schon gut möglich dort mit dem Rad zu fahren. Natürlich ist es das Ziel, dass wir dort auch einen entsprechenden Radweg errichten können, vor allem dann, wenn die Langau dort zur Entwicklung kommt. Das wird aber noch einige Zeit dauern.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Welche Gestaltung?“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Die Gestaltung selber kenne ich noch nicht, aber es ist natürlich das Ziel,..... Der obere Bereich beim Fußballverband ist derzeit in einem relativ schlechten Zustand, das liegt auch daran, dass eben diese Abtretungen erfolgt sind. Wir konnten bis jetzt dort auch nichts machen, bis jetzt. Ziel ist, dass man dort so eine Straßensituation schafft und das kann man durch unterschiedlichste Maßnahmen, dass eben das „Wildparken“ verhindert wird. Wenn man Parkflächen schafft, dass das auch ordentlich gemacht wird und vor allem der StVO entsprechend gemacht wird. Aber jetzt im Detail, wie die Gestaltung jetzt genau aussieht, kann ich noch nicht sagen. Da geht es jetzt um den Errichtungsbeschluss, um die Grundlage überhaupt zu schaffen, dass wir die notwendigen Flächen bekommen.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

## **7. Grundabtretung ....., Fasangasse, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese erstattet folgenden

### **Bericht**

Die Fasangasse (Anliegerstraße) ist seit Jahrzehnten als durchgehende Straße zwischen dem Hotterweg und dem Bründlfeldweg geplant. Diese Planungsabsicht ist auch durch die Widmung „Verkehrsfläche“ im Flächenwidmungsplan dokumentiert. Eine durchgehende Verkehrsverbindung dient einerseits der Notwendigkeit der Erschließung der Grundstücke und sichert andererseits ein problemloses Befahren mit Einsatzfahrzeugen, Fahrzeugen der Müllabfuhr und für die Schneeräumung bzw. Straßenreinigung und dient somit der Verkehrssicherheit.

Das Gst. Nr. ....., KG. .... (Bauplatz), im Besitz von ....., ist im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan als Bauland Wohnen (BW) gewidmet und weist als eigenes Grundstück keinen Anschluss an das öffentliche Gut auf. Die Gst. Nr. .... schließt in der vollen Breite an den Bauplatz an und weist eine Tiefe von 3 m auf. Grundstücksbesitzer ist ebenfalls Herr ... Die Schaffung des Grundstückes Nr. .... ist ganz offensichtlich deswegen erfolgt, um diese Fläche in



Obiges Teilstück wird als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und ist in nachstehendes Grundstück einzubeziehen:

Gst.Nr.	EZ	KG
.....	▪	.....

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten der Freistadt Eisenstadt.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

#### **8. Widmung Teilungsplan G.Z.: ....., Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese stellt folgenden

#### **BESCHLUSSANTRAG**

Gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 60 und 62 EisStR 2003 i.d.F. LGBl. Nr. 1/2014 wird verordnet:

#### **VERORDNUNG**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 14.11.2016, TOP 8, aufgrund des Teilungsplanes G.Z: ..... der Ingenieurkonsulenten DI Helmut Jobst und DI Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, Folgendes beschlossen:

#### **WIDMUNG**

##### **Grundabtretung an das öffentliche Gut**

Folgendes Teilstück wird als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet:

Fig.	vom Gst. Nr.	m <sup>2</sup>	EZ	KG
2	....	72	....	.....

**Obiges Teilstück wird als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und ist in nachstehendes Grundstück einzubeziehen:**

Gst.Nr.	EZ	KG
.....	·	.....

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

### **9. Grundabtretung ....., Fasangasse, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese erstattet folgenden

#### **Bericht**

Die Fasangasse (Anliegerstraße) ist seit Jahrzehnten als durchgehende Straße zwischen dem Hotterweg und dem Bründlfeldweg geplant. Diese Planungsabsicht ist auch durch die Widmung „Verkehrsfläche“ im Flächenwidmungsplan dokumentiert. Eine durchgehende Verkehrsverbindung dient einerseits der Notwendigkeit der Erschließung der Grundstücke und sichert andererseits ein problemloses Befahren mit Einsatzfahrzeugen, Fahrzeugen der Müllabfuhr und für die Schneeräumung bzw. Straßenreinigung und dient somit der Verkehrssicherheit.

Mit der Abtretung des Gst. Nr. .... in das öffentliche Gut, Teilstück „2“, Teilungsplan G.Z: ..... der Ingenieurkonsulenten Dipl. Ing. Helmut Jobst und Dipl. Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, entsteht eine durchgehende Verkehrsfläche der Fasangasse zwischen dem Hotterweg und der Dr. Ludwig Lesergasse. Im Bereich des Gst. Nr. ....., zum Teil als Verkehrsfläche (V, 157 m<sup>2</sup>), zum Teil als Bauland Wohngebiet (BW, 93 m<sup>2</sup>) gewidmet, ist die Breite der öffentlichen Verkehrsfläche „Fasangasse“ von rd. 6,0 m grundbücherlich noch

nicht gegeben. Das Grundstück ..... ist im Besitz von .....  
 .....

Es ist Ziel der Stadtplanung, alle Anliegerstraßen des Ortsgebietes mit zwei Richtungsfahrbahnen, Kfz-Stellplätzen (Längsparker), Flächen für Fußgänger, etc. auszustatten. Dies trifft auch auf die Fasangasse zu. Es ist festzuhalten, dass in der Fasangasse im vorhandenen und öffentlichen Raum durchgehend technische Einbauten vorhanden sind (Kanal). Es liegt somit im öffentlichen Interesse, die Fasangasse als einen durchgehenden Straßenzug zu errichten, der einer bestmöglichen Gleichwertigkeit der Nutzungsqualität aller Verkehrsteilnehmer (Fußgeher, Radfahrer, Pkw, Einsatzfahrzeuge, Lkw für Baustellenzufahrten, etc.) dient und eine entsprechende Verkehrssicherheit gewährleistet. Somit ergibt sich aus fachlicher Sicht die Notwendigkeit einer durchgehenden Straßenführung der Fasangasse.

Um das Ziel, eine durchgehende rd. 6,0 m breite öffentliche Verkehrsfläche zu schaffen, auch umsetzen zu können, soll nun vom Gst. Nr. .... die Teilfläche von 157 m<sup>2</sup> **zur notwendigen Verbreiterung der bestehenden öffentlichen Verkehrsfläche** an das öffentliche Gut kostenlos abgetreten werden. Für die Hälfte dieser Fläche, also für 77,5 m<sup>2</sup>, ist allerdings von der Gemeinde eine Entschädigung entsprechend des Verkehrswertes der abzutretenden Grundfläche zu leisten (§ 8, Abs. 6 und 7 Bgld. BauG).

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

### **BESCHLUSSANTRAG**

#### **Grundabtretung an das öffentliche Gut:**

**Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes G.Z: ..... der Ingenieurkonsulenten Dipl. Ing. Helmut Jobst und Dipl. Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, das Teilstück „1“ in die Verwaltung als öffentliches Gut:**

Fig.	vom Gst.Nr.	m <sup>2</sup>	EZ	KG
1	.....	157	....	.....

Obiges Teilstück (im Teilungsplan als Teilstück „1“ bezeichnet) wird als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und ist in nachstehendes Grundstück einbezogen:

Gst.Nr.	EZ	KG
.....	■	.....

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten der Freistadt Eisenstadt.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

#### **10. Widmung Teilungsplan G.Z.: ....., Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese stellt folgenden

#### **BESCHLUSSANTRAG**

Gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 60 und 62 EisStR 2003 i.d.F. LGBl. Nr. 1/2014 wird verordnet:

#### **VERORDNUNG**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 14.11.2016, TOP 10, aufgrund des Teilungsplanes G.Z: ..... der Ingenieurkonsulenten DI Helmut Jobst und DI Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, Folgendes beschlossen:

**WIDMUNG****Grundabtretung an das öffentliche Gut**

Das Teilstück „1“ wird als Verkehrsfläche gewidmet:

Fig.	vom Gst.Nr.	m <sup>2</sup>	EZ	KG
1	.....	157	....	.....

Obiges Teilstück (im Teilungsplan als Teilstück „1“ bezeichnet) wird als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und ist in nachstehendes Grundstück einzubeziehen:

Gst.Nr.	EZ	KG
.....	▪	.....

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

**11. Rückabwicklung Kirchberggasse, Kleinhöflein, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese erstattet folgenden

**Bericht**

Das Straßenraumkonzept in der Kirchberggasse sah vorerst am Nordrand der Straße eine Verbreiterung vor. Durch die vorhandene Steilböschung wurde dieses Konzept aber verworfen. Die damaligen Grundabtretungen sollen nun rückabgewickelt werden, da diese von Seiten der Stadtgemeinde keiner weiteren Nutzung zugeführt werden sollen und eine zusätzliche Fahrbahn auch in Zukunft nicht errichtet werden soll. Die Rückabwicklung erfolgt entsprechend dem Teilungsentwurf GZ 15891/16 der Herren Dipl. Ing. Helmut Jobst und Dipl. Ing. Markus Jobst, staatlich befugte und beedete Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen.

**BESCHLUSSANTRAG****Rückübertragung von öffentlichem Gut:**

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes überträgt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsentwurfs G.Z.: ..... der Ingenieurkonsulenten Dipl. Ing. Helmut Jobst und Dipl. Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke aus dem öffentlichen Gut:

Fig.	vom Gst.Nr.	m <sup>2</sup>	EZ	KG	Eigentümer
1	.....	4	▪	.....	.....
2	.....	22	▪	.....	.....
3	.....	22	▪	.....	.....

Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet und sind in die nachstehenden Grundstücke einzubeziehen.

Fig.	Gst.Nr.	EZ	KG
1	.....	....	.....
2	...	....	.....
3	.....	....	.....

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

**12. Entwidmung Teilungsvorentwurf G.Z.: ....., Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese stellt folgenden

**BESCHLUSSANTRAG**

Gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 60 und 62 EisStR 2003 i.d.F. LGBl. Nr. 1/2014 wird verordnet:

## V E R O R D N U N G

**Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 14.11.2016 Folgendes beschlossen:**

### ENTWIDMUNG

**Nachstehende Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet:**

Fig.	vom Gst.Nr.	m <sup>2</sup>	EZ	KG	Eigentümer
1	.....	4	▪	Kleinhöflein	.....
2	.....	22	▪	Kleinhöflein	.....
3	.....	22	▪	Kleinhöflein	.....

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

### **13. Rückabwicklung ....., Pröstlweg, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese erstattet folgenden

#### **Bericht**

Durch den Neubau der Wohnhausanlage und der Reihenhäuser am Pröstlweg durch die Oberwarter Siedlungsgenossenschaft (OSG) kam es im Zuge der Parzellierung zu Grundabtretungen für die öffentliche Straße „Pröstlweg“. Das Straßenraumkonzept sah vorerst am Nordrand der Straße einen zweiten Gehsteig für das Gebiet vor. Dieses Konzept wurde jedoch überarbeitet und verändert. Ein zweiter Gehsteig war nicht notwendig. Die Vorgärten wurden erweitert und begrünt. Vor den Grünflächen wurde geparkt. Man kann von einer beruhigten „Wohnstraße“ sprechen. In den letzten Jahren wurde der Parkdruck im Pröstlweg stärker. In mehreren Gesprächen mit den nunmehrigen Grundstückbesitzern und der OSG wurde folgende Lösung gefunden: Die damalige Grundabtretung wird im Ausmaß der genutzten und gepflegten Grünflächen rückabgewickelt, da diese von Seiten der Stadtgemeinde keiner weiteren Nutzung zugeführt werden und ein zweiter Gehsteig

auch in Zukunft nicht errichtet werden soll. Die Rückabwicklung erfolgt nun auch nach Errichtung des neuen Parkplatzes für ..... entsprechend dem Vorausplan GZ ..... der Herren Dipl. Ing. Helmut Jobst und Dipl. Ing. Markus Jobst, staatlich befugte und beeidete Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen.

## **BESCHLUSSANTRAG**

### **Rückübertragung von öffentlichem Gut:**

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes überträgt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsentwurfs G.Z: ..... der Ingenieurkonsulenten Dipl. Ing. Helmut Jobst und Dipl. Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke aus dem öffentlichen Gut:

Fig.	vom Gst.Nr.	m <sup>2</sup>	EZ	KG	Eigentümer
1	.....	12	▪	.....	.....
2	.....	13	▪	.....	.....

Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet und sind in die nachstehenden Grundstücke einzubeziehen.

Fig.	Gst.Nr.	EZ	KG
1	.....	...	.....
2	.....	...	.....

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

**14. Entwidmung Vorausplan G.Z.: ....., Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese stellt folgenden

**BESCHLUSSANTRAG**

**Gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. §§ 60 und 62 EisStR 2003 i.d.F. LGBl. Nr. 1/2014 wird verordnet:**

**V E R O R D N U N G**

**Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 14.11.2016 Folgendes beschlossen:**

**ENTWIDMUNG**

**Nachstehende Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet:**

<b>Fig.</b>	<b>vom Gst.Nr.</b>	<b>m<sup>2</sup></b>	<b>EZ</b>	<b>KG</b>	<b>Eigentümer</b>
<b>1</b>	<b>.....</b>	<b>12</b>	<b>▪</b>	<b>.....</b>	<b>.....</b>
<b>2</b>	<b>.....</b>	<b>13</b>	<b>▪</b>	<b>.....</b>	<b>.....</b>

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

**15. Baulandfreigabe Hundsgrasäcker, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese erstattet folgenden

**Bericht**

Für die Errichtung eines Gartencenters (bellaflora) wurde um Baulandfreigabe für die Parzellen Nr. .... und Nr. ...., KG ....., von Aufschließungsgebiet-Betriebsgebiet (AB) in Bauland-Betriebsgebiet (BB) angesucht (siehe beiliegende Skizze).

Die Erschließung durch die Straße und der Anschluss an die Infrastruktur sind gewährleistet. Eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen den Grundstückbesitzern und der Stadtgemeinde Eisenstadt über die Tragung der Erschließungskosten liegt vor.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

## **BESCHLUSSANTRAG**

### **V E R O R D N U N G**

**des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt vom 14.11.2016, mit welcher festgestellt wird, dass im Aufschließungsgebiet die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.**

**Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. März 1969 über die Raumplanung im Burgenland (Burgenländisches Raumplanungsgesetz), LGBl. Nr. 18/1969, in der geltenden Fassung, wird verordnet:**

#### **§ 1**

**Die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen für die Grundstücke Nr. .... und Nr. ...., ist gesichert.**

**Die Abgrenzung des zum Bauland-Betriebsgebiet (BB) freigegebenen Gebietes ist dem beiliegendem Plan, der ein integrierender Bestandteil der Verordnung ist, zu entnehmen.**

#### **§ 2**

**In dem in § 1 bezeichneten Aufschließungsgebiet sind Baubewilligungen sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.**

#### **§ 3**

**Diese Verordnung tritt mit Ablauf der Kundmachungsfrist in Kraft.**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz das Wort. Diese führt aus:

„Ich kann mich erinnern, dass es schon einmal Bestrebungen gegeben hat, das Gebiet Hundsgrasäcker neben dem Möbelhaus „KIKA“ von Aufschließungsgebiet in Bauland umzuwidmen. Damals ging es um den Bau des neuen Einkaufszentrums, und damals hat man die Umwidmung abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, der Kreisverkehr sei mit dem Verkehrsaufkommen ausgelastet, und weitere Verkehrskapazitäten seien nicht zumutbar. Bei dem heutigen Antrag geht es „nur“ um einen Blumenmarkt und nicht um ein Einkaufszentrum, sieht man sich aber die Pläne an, dann merkt man schon, dass hier durchaus an weitere Aufschließungen gedacht wird. Ist ja auch logisch, warum soll man den einen verwehren, was man den anderen genehmigt hat. Aber genau dort setzt auch unsere Kritik an. Wir alle wissen, dass der Kreisverkehr schon jetzt des Öfteren - man wird sagen, aber nur zu den Stoßzeiten – überlastet ist, was unter anderem auch mit der Kundenfrequenz des „Interspar“ zu tun hat, der übrigens bei der damaligen Diskussion noch gar nicht dort gestanden ist. Aus unserer Sicht ist das weiterhin fraglich, ob dieser Kreisverkehr dieses Verkehrsaufkommen bewältigen kann bzw. können wird. Es wurde zwar laut Bauabteilung gemeinsam mit dem Land eine Verkehrserhebung durchgeführt, bei der die Verkehrssituation in diesem Bereich, wie mir gesagt wurde, großflächig evaluiert wurde. Es gibt auch seitens des Landes bereits eine Zustimmung zu „Bellaflora“, wurde mir heute von der Bauabteilung gesagt. Dennoch sind und bleiben wir skeptisch, wir möchten ebenso wie in den anderen Baugebieten eben kein Stückwerk sondern ein Gesamtkonzept. Wir möchten nicht, dass durch diese Entscheidung weiteren Bauten in diesem Gebiet Tür und Tor geöffnet wird, ohne dass ein Gesamtkonzept für das gesamte Gebiet vorliegt. Ich möchte auch daran erinnern, dass dieses Gebiet nicht nur Aufschließungen für Einkaufszentren, Baumärkte oder sonstiges beinhaltet, sondern, dass dort auch daran gedacht wird, die Wohngebiete auch vielleicht einmal zu erweitern. Dann muss man sich auch überlegen, dass die dann auch über den Kreisverkehr zufahren werden. Dieser Kreisverkehr wird über kurz oder lang sicher erweitert werden müssen. Die Frage ist, ob man sich mit dieser Maßnahme, die man heute trifft, darüber im Klaren ist, dass man damit den ersten Schritt dorthin gegangen ist. Das kostet natürlich auch viel Geld und ist auch mit viel Aufwand verbunden.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Vielleicht darf ich gleich darauf antworten. Die Geschichte damals mit der Verkehrssituation bei den Hundsgrasäckern war ein bisschen anders. Da war die Frage, wo dieses Fachmarktzentrum hinkommen soll. Da hat es einen Art Konkurrenzkampf der Grundeigentümer gegeben zwischen jenen, wo jetzt der „Interspar“ und das Fachmarktzentrum stehen, und der gegenüberliegenden Seite. Nachdem die jetzige Fläche, sozusagen, damals die Bescheide bekommen hat, ist klarerweise für die vis-a-vis Seite natürlich die Bebauung in der Form versagt worden, weil das natürlich nicht möglich gewesen wäre. Nicht nur auf Grund der Verkehrssituation, sondern da wird auch die Frage der Umwelt und der Luftbelastung usw. ins Kalkül gezogen. Das war damals der Grund, warum dort eben nicht das Fachmarktzentrum hingekommen ist. Jetzt geht es um ein völlig anderes Projekt, dass, wie du schon richtig gesagt hast, auch mit dem Land entsprechend abgeklärt ist, und die Tatsache ist, dass der jetzt geplante Blumenmarkt auf Grund der jetzigen Verkehrssituation möglich ist. Wenn dort weitere Entwicklungen stattfinden sollen, dann ist im nächsten Schritt wieder zu prüfen, ob eben eine verkehrsmäßige Veränderung vorgenommen werden muss. Das ist dann sozusagen dem jeweiligen Projekt geschuldet. Daher trete ich schon dafür ein, dass wir diese Maßnahme jetzt durchführen, um wieder einen Betrieb in der Stadt ansiedeln zu können, was natürlich wirtschaftlich gut ist und auch Arbeitsplätze bringt. Sollte dann dort eine weitere Entwicklung dort geplant sein, dann muss man ohnehin die Verkehrssituation gemeinsam mit dem Land wieder überprüfen. Sollte da dann herauskommen, dass man bauliche Veränderungen machen muss, dann wird das in diesem möglicherweise künftigen Projekt natürlich integriert sein müssen. Die Geschichte mit den Wohnhaussiedlungen – ich weiß jetzt, nicht wer das planen sollte – das ist mir nicht bekannt.“

- Zwischenrufe -

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Laut unserem Stadtentwicklungsplan sind wir jetzt dort mehr oder weniger an die Grenze angelangt. Es ist nicht von mir beabsichtigt, ich glaube auch nicht vom Gemeinderat, dass man dort jetzt eine großflächige Wohnbaulanderweiterung vornimmt. Auch im theoretischen Fall muss eben projektbezogen die Verkehrssituation geprüft werden, und wenn Veränderungen notwendig sind, muss

der Projektträger diese Veränderungen auch vornehmen. Hier geht es auch um entsprechende Kosten, die zu übernehmen sind. Auch der jetzige Projektträger muss im Bereich der Zufahrt hin, die Kosten entsprechend übernehmen.“

Gemeinderat LAbg. Géza Molnár:

„Meine Damen und Herren!

Wir begrüßen dieses Projekt grundsätzlich, es wurde der Werdegang dieses Grundstückes schon beschrieben und der damalige Konkurrenzkampf, der auch einen recht interessanten personellen Aspekt hatte. Alleine schon deshalb bin ich froh, dass man da jetzt dem Grundstückseigentümer gegenüber wieder etwas gut machen kann. Was die Verkehrssituation generell bei den Stadtein und -ausfahrten angeht, wissen wir, dass die Lage nicht einfacher wird. Ich kann den Bedenken der Grünen etwas abgewinnen. Ich weiß, dass vom Stadtrecht her eine Enthaltung nicht möglich ist, wir werden jetzt nicht zustimmen, aber ich bitte das für das Protokoll als eine Enthaltung zu qualifizieren. Wir sind zwar nicht gegen das Projekt, können aber den grundsätzlichen Bedenken eben etwas abgewinnen.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Dem kann ich nicht näher treten, wenn Ihr nicht zustimmt, dann stimmt Ihr natürlich dagegen. Das wird auch so protokollmäßig festgehalten, wie es eben dem Stadtrecht entspricht.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Wir werden zustimmen. Das Projekt war – wie schon Yasmin Dragschitz gesagt hat – vor ca. 8 – 9 Jahren, das Konsortium „Krocon“ damals, diese Fläche für ein nicht Einkaufszentrum, es war ein Fachmarktzentrum, damals geplant und da hatte man eben Bedenken, dass das mit dem einen Projekt „Interspar“ das Auslangen findet und deshalb auch die Firma „Krocon“ damals nicht zum Zug gekommen ist. Das Gute dabei ist, ich habe mich heute beim jetzigen Betreiber, mit Herrn Buchinger, der dieses Grundstück erworben hat, besprochen, dass er gemeinsam mit der Firma „Krocon“ als Gesellschafter dieses Grundstück errichten wird. Ich denke, dass das auch sehr wichtig ist. Es gibt dann diese Ab- und Zufahrt, die dann errichtet wird, die auch nicht wenig Geld kostet. Es ist ganz wichtig, diesen Kreisverkehr zu entlasten. Wir werden für diese Erweiterung stimmen.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Mag. Josef Mayer, Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadtrat Walter Laciny, Stadtrat Hans Skarits, Birgit Tallian, Josef Weidinger, Adelheid Hahnekamp, Andrea Zänglein, Istvan Deli, Werner Klikovits, Ruth Klinger-Zechmeister, Johann Wagner, Mag. Josef Christian Schmall sowie Gerald Hicke und den Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs, Stadträtin Renée Maria Wisak, Bernd Weiß, Mag. Klaus Mracek, Dr. Ramin Pecnik, Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt, Mag. Dr. Richard Mikats, Niklas Tschida und Ulrike Locsmandi gegen die Stimmen der Grünen-Gemeinderatsmitglieder Mag. Yasmin Dragschitz, LAbg. Mag. Regina Petrik und Anja Haider-Wallner sowie gegen die Stimmen der FPÖ-Gemeinderatsmitglieder – LAbg. Géza Molnár und Dr. Gottfried Traxler zum Beschluss erhoben wurde.

#### **16. Baulandfreigabe Waldweg, Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Frau Gemeinderätin Ruth Klinger-Zechmeister das Wort. Diese erstattet folgenden

#### **Bericht**

Bei der digitalen graphischen Aufbereitung der Plandarstellung des digitalen Flächenwidmungsplanes wurden offensichtlich Grundstücke, die bereits teilweise im Bauland-Wohngebiet, teilweise aber noch als Aufschließungsgebiet-Wohngebiet festgelegt waren, nicht als Bauland-Wohngebiet (BW) berücksichtigt.

Da die digitale Aufbereitung des Flächenwidmungsplanes einen Bestandteil der Verordnung und Genehmigung des Flächenwidmungsplanes darstellt, sind die damals nicht berücksichtigten Grundstücke nun nachträglich als Bauland-Wohngebiet zu erklären. Dabei handelt es sich um die Grundstücke Nr. ....

.....

Diese Baulandfreigaben sind als positiver Beitrag zu einer geordneten Siedlungsentwicklung zu sehen. Die Erschließung durch Anschluss an das öffentliche Gut und an die Infrastruktur zur Ver- und Entsorgung sind gewährleistet.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden:

## **BESCHLUSSANTRAG**

### **V E R O R D N U N G**

**des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt vom 14.11.2016, mit welcher festgestellt wird, dass im Aufschließungsgebiet die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.**

**Auf Grund des § 20 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. März 1969 über die Raumplanung im Burgenland (Burgenländisches Raumplanungsgesetz), LGBl. Nr. 18/1969 in der geltenden Fassung, wird verordnet:**

#### **§ 1**

**Die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen für die Grundstücke Nr. ...., ist gesichert.**

**Die Abgrenzung des zum Bauland-Wohngebiet (BW) freigegebenen Gebietes ist dem beiliegendem Plan, der ein integrierender Bestandteil der Verordnung ist, zu entnehmen.**

#### **§ 2**

**In dem in § 1 bezeichneten Aufschließungsgebiet sind Baubewilligungen sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.**

#### **§ 3**

**Diese Verordnung tritt mit Ablauf der Kundmachungsfrist in Kraft.**

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

## 17. Schlossparkordnung, Abänderung, Beratung und Beschlussfassung

Dieser *Tagesordnungspunkt 17 - Schlossparkordnung, Abänderung, Beratung und Beschlussfassung* wurde von Herrn Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner vor Eingang in die Tagesordnung abgesetzt.

Der nächste Tagesordnungspunkt wird daher als neuer Tagesordnungspunkt 17 weitergeführt.

### 17. 1. Nachtragsvoranschlag 2016, Beratung und Beschlussfassung

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Diese stellt folgenden

#### **BESCHLUSSANTRAG**

**des Gemeinderates der Freistadt Eisenstadt über den 1. Nachtragsvoranschlag 2016 vom 14.11.2016.**

In Abänderung des Jahresvoranschlags 2016 werden die im beigeschlossenen 1. Nachtragsvoranschlag bei den einzelnen Haushaltsstellen vorgesehenen Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben festgesetzt. Die Zusammenfassung der im Nachtragsvoranschlag festgesetzten Beträge ergibt folgende Schluss-Summen:

	VA	1. NVA	Gesamt
<b>a) Ordentl. Teil</b>			
1) Summe Einnahmen	EUR 34.022.100,--	2.365.400,--	36.387.500,--
2) Summe Ausgaben	EUR 34.022.100,--	2.365.400,--	36.387.500,--
Überschuss	EUR 0,--	0,--	0,--
	=====	=====	=====
<b>b) Außerordentl. Teil</b>			
1) Summe Einnahmen	EUR 8.351.000,--	- 910.000,--	7.441.000,--
2) Summe Ausgaben	EUR 8.351.000,--	- 910.000,--	7.441.000,--
Überschuss/Abgang	EUR 0,--	0,--	0,--
	=====	=====	=====
<b>c) Gesamtsumme</b>			
1) Summe Einnahmen	EUR 42.373.100,--	1.455.400,--	43.828.500,--
2) Summe Ausgaben	EUR 42.373.100,--	1.455.400,--	43.828.500,--
Gesamtüberschuss	EUR 0,--	0,--	0,--
	=====	=====	=====

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Hoher Gemeinderat! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen in der gebotenen Kürze den Nachtragsvoranschlag 2016 präsentieren und einige Gedanken daran knüpfen. Der Finanzausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung am 9. November eingehend damit befasst.

Dieser Nachtragsvoranschlag ist notwendig, um den Soll-Überschuss aus dem Rechnungsabschluss 2015 ordnungsgemäß zu verbuchen sowie andere notwendig gewordene Korrekturen und Ergänzungen, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 2016 noch nicht vorhersehbar waren, durchzuführen.

Der Soll-Überschuss betrug, wir erinnern uns, stattliche € 1,6 Millionen. Ohne die Abwicklung dieses Soll-Überschusses hätte der Nachtragsvoranschlag im ordentlichen Haushalt nur ein zusätzliches Volumen von € 762.400,-- Mehreinnahmen, das sind gerade einmal 2,19 % des Gesamtbudgets. Daran sieht man, dass wir mit unserer Budgetvorschau schon sehr nahe an der Realität gelegen sind. Mit diesem Soll-Überschuss sprechen wir jetzt von einem Volumen von € 2,3 Millionen und 6,5% des Gesamtbudgets. Durch diese zusätzlichen Mittel hatten wir die Möglichkeit, einige Vorhaben und Projekte, die wir - auf Grund unserer vorsichtigen Budgetierung – nicht in den Voranschlag 2016 aufgenommen hatten, dennoch durchzuführen, bzw. Budgetposten, bei denen sich zusätzliche Notwendigkeiten ergeben, zu erhöhen. In diesem Zusammenhang kann ich z.B. auf die Aufstockung der Mittel für den Straßenbau um € 271.500,-- verweisen.

Jetzt aber konkret zum vorliegenden Zahlenwerk:

In absoluten Zahlen erhöht sich in Summe der ordentliche Haushalt wie gesagt um € 2.365.400,-- auf € 36.387.500,-- im außerordentlichen Haushalt hat sich das Gesamtvolumen um € 910.000,-- verringert. Der Grund liegt in der Kürzung des Darlehens für die Sanierung der Neuen Mittelschule und der Polytechnischen Schule auf € 3,2 Millionen, sowie im Verkauf einer Verkehrsfläche an die BIG einerseits und dem Kauf einer verkehrsstrategischen Liegenschaft in der Ruster-Straße andererseits. Nachdem Sie sich – geschätzte Kolleginnen und Kollegen – bei der Vorbereitung zur heutigen Gemeinderatssitzung sicherlich eingehend mit dem vorliegenden Zahlenwerk auseinandergesetzt haben, erlaube ich mir, nur exemplarisch einige größere Posten herauszuheben und zu erläutern.

Auf der Einnahmenseite fallen in der Gruppe 2 auf Grund niedrigerer Aufwendungen, die Sprengelbeiträge für die Sonderschule um € 60.000,-- geringer aus. Durch die Errichtung einer 4. Gruppe ist der Landesbeitrag für den Personalaufwand beim Kindergarten Kleinhöflein um € 50.000,-- erhöht. Ähnliches gilt für die Kinderkrippen am Schwarzplatz und in der Kasernenstraße, hier handelt es sich um Nachzahlungen des Landes, in Summe von € 65.000,--. Bei den Gemeindestrassen sind durch geänderte Baumaßnahmen weniger Anliegerleistungen angefallen, minus € 100.000,--, das heißt, Straßen wurden hauptsächlich über privatrechtliche Verträge errichtet. Zusätzliche Einnahmen gab es durch die Auszahlung von Landesmitteln für das Projekt „Eisbach“, nämlich € 122.000,--. In der Gruppe 9 Finanzwirtschaft geht es meistens um die größten Brocken, so auch diesmal. Eine mit € 500.000,-- budgetierte Entnahme aus der Rücklage wurde nicht nötig, da auf Grund des Soll-Überschusses genügend freie Mittel vorhanden waren. Aus den Medien, Ihnen allen bekannt, ist die Nachzahlung von Ertragsanteilen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die der Stadtgemeinde auf Grund von Berechnungsmängeln des Landes in den Jahren 2009 bis 2013 vorenthalten wurden. Dies schlägt sich in Summe in zusätzlichen Einnahmen von € 377.000,-- wider, ebenso wie Nachzahlungen aus dem Pflegefonds in Höhe von € 435.000,--. Die zusätzlichen Einnahmen an Lustbarkeitsabgabe für die „Nova Jazz- and Blues Night“ und das „Lovely Days-Festival“ von € 44.000,--, übrigens beide sehr gelungene Veranstaltungen, die von allen Seiten gelobt wurden und doch einiges zum positiven Image von Eisenstadt als Veranstaltungsdestination beigetragen haben, blende ich hier als nicht erfolgswirksam, als Nullsummenspiel aus, da sie auf der anderen Seite als Subventionsausgaben wieder an den Veranstalter zurückfließen.

Und da sind wir schon bei den Ausgaben:

Wie schon erwähnt, waren wir heuer in der Lage, zusätzliche Vorhaben und neue Projekte zu initiieren, bzw. bestehende finanziell aufzustocken, ohne, dass wir auf unsere Rücklagen zurückgreifen mussten. Ein sehr erfreulicher Umstand, der unter anderem – so würde ich meinen – unserer vorausschauenden und umsichtigen Finanzplanung geschuldet ist. In der Gruppe 0 betreffen die zusätzlichen Ausgaben vor allem die Posten Rechts- und Beratungskosten und Entgelte für sonstige Leistungen in Zentralamt, Bauverwaltung und Vermessungswesen. In Summe € 170.000,--. Es handelt sich dabei unter anderem um Kosten für das Projekt Innenstadtentwicklung, Umsetzungsmaßnahmen für den STEP, die Fachkonzepte für

Verkehr und Barrierefreiheit, sowie für Aufschließungen und Straßenbauplanung. Gut angelegte Mittel zur Weiterentwicklung der Stadt. Nicht planbar war der Defekt und daraus folgend, der Austausch der Medienwand im Gemeinderatssaal. Ausdruck unserer verantwortungsbewussten Budgetpolitik ist die Dotierung einer Budgetreserve für den Eigenmittelanteil beim Projekt Neue Mittelschule und Polytechnische Schule, zusammen € 200.000,-- in Gruppe 2. Um nicht im Laufe einer Budgetperiode auf dem falschen Fuß erwischt zu werden, praktizieren wir schon seit Jahren eine sehr verantwortungsvolle und vorsichtige Budgetpolitik. Das kam uns heuer auch bei den Schulerhaltungsbeiträgen für die Berufsschulen zugute. Der Aufwand war um € 60.000,-- geringer als geplant. Ein großes Thema sind immer wieder die Subventionen. Sie sind wichtig, sie unterstützen unsere Vereine und Gemeinschaften, die Aktivitäten für unsere Stadt, für unsere Familien und für unsere Kinder anbieten. Aktivitäten, die Lebensqualität bedeuten und die es sonst nicht geben würde, oder von der Gemeinde selbst durchgeführt werden müssten. Unterstützung durch Subventionen zählt meiner Meinung nach jedoch nur bedingt zu den Kernaufgaben einer Kommune, Subventionen müssen zielgerichtet sein und Unterstützungen mit Subventionen kann man auch nur anbieten, wenn man es sich finanziell leisten kann. Und Eisenstadt ist in der glücklichen Lage, diese Förderschiene für Sport-, Sozial- und Kulturaktivitäten einzusetzen. Diesem Umstand wurde im Nachtragsvoranschlag durch zusätzliche Dotierungen Rechnung getragen: Ich erwähne hier nur: Sportförderung mit plus € 90.000,--, die Planung für die Eislaufplatz-Überdachung mit € 20.000,--, für Bücherei und Musikschule € 40.000,--, für sozialpolitische Maßnahmen, drinnen enthalten sind die Subvention für die Pannonische Tafel, für ein Demenzprojekt, für Deutschkurse für Flüchtlinge und die Zuschüsse für das Semesterticket plus von € 90.000,--. In der Gruppe 6 wird in den Kapiteln Straßenbau und Bauhof kräftig in die Infrastruktur investiert. Straßenerrichtung und -sanierung, neue Elektroverteilerkästen beispielsweise in der FUZO, Parkautomaten und Fahrzeuge für den Bauhof, bedeuten in Summe einen Mehraufwand von € 408.000,--. In der Gruppe 7 Wirtschaftsförderung sind als wesentliche Abweichungen die schon angesprochene Rückzahlung der Lustbarkeitsabgabe für das Lovely Days-Festival, sowie die Mittel für das EURO-Public Viewing in der FUZO anzuführen. Beide toll gelungene Veranstaltungen, kein „must have“, aber sicherlich ein „nice to have“, aber auf jeden Fall dazu angetan, um den Wirtschaftsstandort Eisenstadt zu stärken und zu beleben. Dass bei der

Erstellung eines Voranschlags nicht immer alles hundertprozentig klappen kann, ist klar, erstens sind wir keine Wahrsager, sondern können nur nach vorliegenden Fakten und Prognosen entscheiden. Und es können sich natürlich auch Bugs und Unschärfe einschleichen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Budgetpunkt Straßenbeleuchtung. Hier war eigentlich eine Reduktion der Mittel geplant und auch so in den Voranschlag eingepreist. Zustandekommen sollte dies durch Neuausschreibung und Neuverhandlung der Stromtarife. Vielleicht fand zu wenig Beachtung hier, dass mittlerweile die Netzmiete der unverhandelbare Preistreiber ist und dadurch die Einsparung weit weniger ausgemacht hat als geplant. Durch die Aufschließung neuer Siedlungsgebiete kommt es daher hier statt einer Verringerung zu einer Erhöhung dieser Ansatzpost von € 75.000,--. Tja, nobody is perfect!

Durch die uns heuer zur Verfügung stehenden Mittel konnten einige weitere Projekte vorgezogen werden, nur auszugsweise: E-Cube - Errichtung eines Lagers, plus € 50.000,--, Friedhof Eisenstadt - Ankauf einer neuen Orgel und Dachsanierung, Sporthalle – Erneuerung der Warmwasseraufbereitung usw.

Soweit, meine Damen und Herren eine kurze Erläuterung der Eckpunkte des vorliegenden Nachtragsvoranschlags. Sie sehen - eigentlich unspektakulär – in Wirklichkeit eine Bestätigung unseres bisherigen Budgetkurses.

Abschließend möchte ich der Finanzabteilung unter der Leitung von Finanzdirektor Mag. Michael Lebeth für die geleistete Arbeit danken, sie wurde wie immer mit sehr viel Verantwortung und Fingerspitzengefühl durchgeführt.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, den vorliegenden Nachtragsvoranschlag als das zu beurteilen, was er ist: ein notwendiges Rechenwerk, um Nachbesserungen und Feinabstimmungen vorzunehmen und um den Grundsätzen einer ordentlichen Gebarung zu genügen. Einen entsprechenden Beschlussantrag werde ich im Anschluss an die nun wahrscheinlich folgenden Wortmeldungen stellen. Ich danke Ihnen!“

Gemeinderat LAbg. Géza Molnár:

„Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister!

Sie gestatten, bevor ich zum Nachtragsvoranschlag komme, noch eine kurze Replik zum Kollegen Kovacs bezüglich des Etappenplanes. Herr Kollege Kovacs, schlagen Sie einmal nach, wofür „eugenische Indikation“ steht. Schlagen Sie bitte nach, wie die Rechtslage dazu in Österreich aussieht, und schlagen Sie nach, wie die SPÖ zu diesem Thema steht! Sie werden dann draufkommen, dass sich Ihre Partei für

Behinderte erst interessiert, wenn sie das Licht der Welt erblickt haben und nicht wenn sie im Mutterleib sind. Dementsprechend scheinheilig war Ihre Aussage vorhin in meine Richtung.

Meine Damen und Herren, nun zum Nachtragsvoranschlag. Wer sich über mehrere Jahre mit Nachtragsvoranschlägen beschäftigt, der weiß, dass sie nur bedingt Aussagekraft haben. Das soll heißen, der folgende Rechnungsabschluss schaut im Regelfall erheblich anders aus, im Querschnitt meistens ein bisschen besser. Im Großen und Ganzen bleiben einem daher 3 Dinge, erstens ein Vergleich mit dem Voranschlag, zweitens der Versuch einer Erklärung der unterjährigen Entwicklung bzw. Veränderungen und drittens die Betrachtung einzelner Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Budgetgruppen. Das Ergebnis der laufenden Gebarung, und damit komme ich einmal zum Querschnitt, wird laut Nachtragsvoranschlag bei etwas mehr als € 1,2 Millionen liegen, das sind fast um € 340.000,-- weniger als im Voranschlag vorgesehen und das, obwohl die Einnahmen aus der laufenden Gebarung ebenfalls höher ausfallen werden, um rund € 1,16 Millionen. Der Gutteil ist zusätzlichen Einnahmen aus Ertragsanteilen und Transferzahlungen zu verdanken. Kollege Freismuth hat es auch schon erwähnt, einerseits weil sich das Land bei den Ertragsanteilen verrechnet hat und andererseits weil man sich mit dem Pflegefonds vertan hatte. Also € 800.000 oder € 900.000,-- Einnahmen, mit denen man beim besten Willen nicht rechnen konnte. Trotzdem ist dieses Ergebnis der laufenden Gebarung schlechter als es ursprünglich im Voranschlag vorgesehen war und rutscht die freie Finanzspitze von Plus ins Minus, nämlich von € 119.200,-- plus auf fast € 250.000,-- minus. Die laufenden Ausgaben steigen um insgesamt € 1,5 Millionen und rund 2/3 davon entfallen auf zusätzliche Ausgaben für Personal-, Verwaltungs- und Betriebsaufwand und Gebrauchs- und Verbrauchsgüter und Handelswaren, rund € 1 Million. Jetzt kann sich jeder selbst ausrechnen, wo wir stehen würden, wenn es nicht die Mehreinnahmen, mit denen nicht gerechnet werden konnte – aus Ertragsanteilen und Pflegefond - gegeben hätte. Aber es soll uns recht sein. Positiv ist zu vermerken, dass die Netto-Neuverschuldung um 1 Million niedriger als geplant ausfallen wird, aber auch hier ist es eher den äußeren Umständen als der Vernunft der ÖVP zu verdanken, dass es so kommt, und rund € 2,8 Millionen Netto-Neuverschuldung sind ja auch nicht zu verachten. Zwei weitere Aspekte, die Rücklage wurde heuer nicht angegriffen, was geradezu danach schreit, dass man nächstes Jahr keine neuen Darlehen und keine Netto-Neuverschuldung auf sich

nimmt. Zweitens wurden bestimmte, nun mehr budgetierte Ausgaben im Bereich der Infrastruktur eben jetzt vorgesehen, die aber heuer mitunter gar nicht mehr schlagend werden. Das heißt, man kann heute schon sehen – das ist teilweise auch in den Erläuterungen vermerkt – dass der Rechnungsabschluss im Vergleich zum Nachtragsvoranschlag ein anderes Gesicht haben wird, mitunter ein etwas besseres, wie bereits eingangs erwähnt. Ein Blick in die einzelnen Gruppen führt zum Schluss, dass man in manchen Bereichen doch recht großzügig mit finanziellen Mittel umgeht, etwa im Bereich der Subventionen. Auch das wurde bereits vom Kollegen erwähnt, ich interpretiere es etwas anders. Beispiel Sportförderung, die von € 107.000,-- um weitere € 90.000,-- ansteigt und hier bekommt man langsam aber sicher den Eindruck, dass es in Eisenstadt 2 Klassen von Vereinen gibt, nämlich jene, die eine Nähe zur ÖVP aufweisen und dementsprechend Glück haben, und jene, die nicht das Glück haben, eine Nähe zur ÖVP aufzuweisen. So gesehen verstehe ich schon, was der Kollege Freismuth meint, wenn er im Bereich der Sportförderung von zielgerichtet spricht. Was die Festivitäten angeht, bin ich auch nicht ganz der Meinung des Vorredners. Die Fußball-EM schlägt sich mit € 56.000,-- zu Buche, Lustbarkeitsabgabe wurde in einer Größenordnung von € 44.000,-- subventioniert. Man argumentiert in beiden Fällen, es war jetzt auch nicht anders, so wie man es eben immer tut, wenn einem die Argumente ausgehen, nämlich mit den vielbeschworenen Effekten der Umwegrentabilität, die ich in Zweifel ziehe, bzw. bin ich der Meinung, dass wenn es um die Wirtschaftsförderung oder die Tourismusförderung geht, mit entsprechenden Direktförderungen weitaus mehr erreichbar wäre als mit solchen Veranstaltungen. So schön sie auch sind, und so gut sie auch gelaufen sind, und so sehr sie mir auch Spaß gemacht haben. Weitere Beispiele für Ausgaben, die man aus meiner Sicht in Frage stellen kann, die Neubeschaffung der Weihnachtsbeleuchtung, ich lache über die Investition in den E\_Cube, der ist schon so alt, dass er jetzt ein Lager gebraucht hat. Das hat man noch vor ein paar Jahren, als man ihn geplant hat, noch gar nicht gewusst. Zu hinterfragen ist auch der Pächterwechsel in der Gloriette bzw. die Kosten, die in diesem Zusammenhang zusätzlich aufgelaufen sind, € 50.000,-- . Meiner persönlichen Meinung nach, stimmt das mit € 27.000,-- so eine Medienwand, ob das wirklich sein muss? Ich weiß es nicht! Meine Damen und Herren, die endgültige Bilanz wird der Rechnungsabschluss bringen, die Zwischenbilanz ist meines und unseres Erachtens dürftig. Sie haben das Maastricht-Ergebnis heute gar nicht

erwähnt, weil es nämlich nicht im Plus ist. – Zwischenrufe – Ja, das haben Sie eingehalten, minus € 4,2 Millionen, das war im Voranschlag schon vorgesehen. Es ist heuer aber natürlich auch erklärbar. Ergebnis der laufenden Gebarung minus € 340.000,-- im Vergleich zum Voranschlag, Netto-Neuverschuldung € 2,8 Millionen, freie Finanzspitze laut Nachtragsvoranschlag bei € 250.000,-- im Minus, all das führt uns im Ergebnis dazu, dass wir dem Nachtragsvoranschlag nicht zustimmen werden.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich wollte zunächst festhalten, dass es sich bei dem vorliegenden Entwurf um einen Voranschlag, einen Nachtragsvoranschlag und noch nicht um den konkreten Rechnungsabschluss handelt. Ich bin mir immer noch nicht ganz sicher, was ich davon halten soll. Es wurde ja schon einiges jetzt gesagt. Auf Grund der unvorhergesehenen Abrechnungskorrekturen seitens des Landes Burgenland, die für die Jahre 2009 bis 2013 gelten, haben wir ja im Gegensatz zu anderen Gemeinden, die nicht dieses „Glück“ hatten, eine ganz schön hohe Summe an Geld erhalten, die wir im heurigen Budget sehr gut unterbringen konnten und auch mussten. Das heißt, wieder einmal haben Einmalzahlungen, soweit ich informiert bin, ein Ausmaß von nicht ganz 1 Million Euro, Ausgaben möglich gemacht. Man sollte sich schon einmal überlegen, was wäre dann, wenn es diese Zahlungen nicht gegeben hätte. – Zwischenrufe – Dann hätten wir weniger investiert, genau! Denn so schnell kann man gar nicht schauen, und das ganze Geld ist auch schon wieder ausgegeben. Ebenso wie die € 1,6 Millionen Soll-Überschuss, die uns noch vom letzten Jahr übrig geblieben sind. Auch diese Rechnungen aus dem Jahr 2015 wurden nun bezahlt bzw. Projekte, die von 2015 vielleicht auf 2016 verschoben werden mussten, in Angriff genommen. Wenigstens ist auf Grund dieser Nachzahlungen (auch des Soll-Überschusses) jetzt nicht notwendig, die veranschlagten € 500.000,-- aus den Rücklagen, die für die Umsetzung des Stadtentwicklungsplanes zur Verfügung stehen, zu entnehmen. Dass der vom Land zu genehmigte Kredit für die Sanierung der NMS nun auch niedriger ausgefallen ist, lässt sich mit diesem Rückenwind auch viel leichter verkraften. Interessante Informationen, da kann sich jeder herauspicken was er möchte, findet man in so einem Budgetvoranschlag ja allemal. Es wurde schon auf die Zuschüsse zur Sportförderung verwiesen, dieser Ansatzposten wurde ja fast verdoppelt, von € 106.900,-- auf € 196.900,-- und einer der Gründe ist wieder einmal eine Förderung für den bestgefördertsten Sportverein von ganz Eisenstadt.

Das ist eine schöne Summe, wenn man bedenkt, dass es in Eisenstadt ja nicht nur einen Fußballverein gibt, sondern auch andere Sportvereine, die ebenfalls tolle Arbeit im Kinder- und Jugendbereich, aber auch im Erwachsenenbereich leisten. Die Relation der Förderhöhe ist hier immer noch zu hinterfragen. Ich möchte es noch einmal betonen, es geht nicht darum, die gute Arbeit eines Vereins hier in Frage zu stellen. Uns geht es darum, dass es zu einer fairen Verteilung von Sportförderungen im Sportbereich kommt, und dass nicht ein Verein, so gut und auch notwendig er auch sein kann, eklatant gegenüber anderen bevorzugt wird. Aber das ist eben nur ein Punkt in diesem Nachtragsvoranschlag, wir werden auch bei den Ausführungen zum Thema „Prüfungsausschuss“ hören, wieviel Geld die Gemeinde eben schon in diesen einen Verein in den letzten 3 Jahren (2012 bis 2015) tatsächlich schon investiert hat. Das ist eine ganz schön hohe Summe im Vergleich. Interessant war es auch heraus zu finden – wir haben schon deswegen einmal eine Anfrage gestellt – dass der Pächterwechsel auf der Gloriette zum Beispiel € 50.000,-- gekostet hat. Das Lokal läuft gut, und wir wünschen dem Pächter, so wie allen Geschäftsleuten, die in Eisenstadt investieren, alles Gute und natürlich viel Erfolg. Als positiv vermerken möchte ich auch, dass es den Gemeindeverantwortlichen endlich klar geworden ist, dass man ohne Lagerraum beim E\_Cube nicht auskommen wird. Ich kann mich erinnern, dass wir schon bei der Planerstellung darauf hingewiesen haben, dass auf jeden Fall ein Lagerraum benötigt werden wird. Damals wurde ich dafür äußerst milde belächelt, aber jetzt ist es soweit. „Steter Tropfen höhlt den Stein“ oder keine Ahnung, was man da noch für Sprichwörter - „endlich ist das Geld da“, das würde der Herr Finanzstadtrat sagen..... Beim Thema E\_Cube haben wir damals übrigens auch kritisiert, dass die Proberäume auf Grund der Baustruktur nicht wirklich als solche genutzt werden können, aber darauf möchte ich noch unter dem Punkt „Allfälliges“ zurückkommen und mich da genauer erkundigen. Darüber hinaus sehen wir die erfolgte Unterstützung von Sozialprojekten, die uns in diesem Budget wichtig waren, sowie die vorbereitende Unterstützung des Stadtbusses mit der dazugehörigen Bus-App als sehr positiv. Diese Projekte sind in diesem Nachtragsvoranschlag auch abgebildet. Leider sind die Budgetmittel zum Projekt „Oberberg“ nicht genau ausgewiesen, aber da hat man auch aus diversen Gründen solange zugewartet oder auch zuwarten müssen, dass da für heuer eh noch kein Geld ausgegeben werden konnte. Im Bereich der Innenstadtentwicklung hoffe ich sehr, dass die Geldmittel, die man für die Firma Cima ausgegeben hat, Früchte

tragen werden. Bis jetzt sind einige Punkte noch offen, die noch zu klären sind. Jetzt komme ich zu etwas – ich habe mir eigentlich ganz etwas anderes aufgeschrieben, weil ich bis zum Schluss nicht gewusst habe, was ich davon halten sollte – diese freie Finanzspitze, die Herr Kollege Molnár auch wieder angesprochen hat, habe ich mir auch genauer angesehen. Ich bin drauf gekommen, dass wir im Rechnungsabschluss zum Beispiel 2015 noch einen ganz tollen Wert hatten, auch in den letzten Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen, aber dass der heuer im Nachtragsvoranschlag wirklich eklatant niedriger ist. Ich habe auch einmal nachgesehen, wie das so..... also vom KDZ habe ich eine nette Definition gefunden: „Diese Kennzahl zeigt den Überschuss der fortdauernden Gebarung an und damit in welcher Höhe eine Manövriermasse für neue Projekte besteht.“ Der Begriff „Manövriermasse“ gefällt mir überhaupt sehr gut als Begriff. Wenn ich mir das allerdings anschau, haben wir keine Manövriermasse für neue Projekte. Ich bin eigentlich in diesem Zusammenhang auch schon sehr gespannt, was der Budgetentwurf für 2017 bringen wird. Da ist Wahljahr, und da wird die ÖVP sicher ein paar Geschenke aus ihrem Geldsack herauszaubern. Da kann man nur hoffen, dass dieser Sack dann auch nicht ein riesiges Loch hat. Tatsache ist, viele Ausgaben – das wurde heute auch schon gesagt – sind zum Teil einmalige Ausgaben, die geleistet wurden, weil eben das Geld zur Verfügung steht. Das heißt, es gibt einige Ausgaben, die nicht unbedingt Folgeausgaben und Folgekosten nach sich ziehen. Es ist eine große Frage, wie man jetzt damit umgeht. Die Finanzspitze rutscht in diesem Voranschlag so eklatant ins Minus, dass man es eigentlich nicht ignorieren kann. Auf der anderen Seite hatten wir bis jetzt den Eindruck, dass eigentlich alles immer sehr solide abgerechnet wurde, sowohl in den Voranschlägen als auch im Rechnungsabschluss. Ich habe schon zu Beginn dieser Rede gesagt, es handelt sich ja um einen Voranschlag und nicht um den endgültigen Rechnungsabschluss. Ich muss sagen, wir werden zustimmen, aber ich persönlich mit Bauchweh. Der endgültige Rechnungsabschluss wird es zeigen, ob wir uns diesmal täuschen. Ich habe auch vorher mit dem Finanzdirektor gesprochen, der gemeint hat, es sind auch € 200.000,-- Reserve drinnen, die wir hoffentlich nicht antasten müssen. Die sind auch als Reserve ausgewiesen, das heißt, ich gehe davon mal aus, dass wir die wirklich nicht antasten. Das finde ich aber sehr vorrausschauend, das ins Budget hinein zu nehmen. Wie gesagt, mit Bauchweh und mit „Schauen wir mal was da kommt“, aber ich glaube, wir sollten in Zukunft und vor allem in Hinblick auf 2017,

auch wenn anscheinend an dem Budget noch nicht gebastelt wird oder nur zum Teil gebastelt wird, da würde ich wirklich sehr viel Augenmerk darauf legen, dass man da nicht allzu viel verspricht. Das werden wir uns nämlich nicht alles leisten können. Danke!“

Gemeinderat Bernd Weiß:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Auch wir von der SPÖ haben uns den Nachtragsvoranschlag genau angesehen und uns auch in einem Gespräch mit dem Herrn Finanzdirektor Mag. Lebeth, der bei der Erstellung dieses Zahlenwerks als solches mit seinem Team wirklich gute Arbeit geleistet hat, intensiv und konstruktiv kritisch auseinander gesetzt. Wir wollen hier auch Punkte aufzeigen, die unserer Meinung nach thematisiert werden müssen. Im Wesentlichen decken sich aber einige Punkte, die bereits Herr Kollege Molnár angesprochen hat, wie zum Beispiel, die Anschaffung der Medienwand für ca. € 27.000,-- Euro. Unseres Erachtens wäre hier auf jeden Fall eine preisgünstigere Lösung möglich gewesen, wenn man bedenkt, dass zum Beispiel ein guter Beamer um die € 2.500,--- kostet. Hier ist definitiv kein sparsamer, wirtschaftlicher und zweckmäßiger Umgang mit Steuergeld erkennbar. Auch zum Bereich Subventionen möchten wir eine kurze Anmerkung machen. Natürlich sind Subventionen für Vereine sehr wichtig, genauso wie die Vereine für die Eisenstädterinnen und Eisenstädter sowie für die Stadt selbst sehr wichtig sind. Menschen, die sich ehrenamtlich für die Gesellschaft und für die Gemeinschaft engagieren, gehören selbstverständlich unterstützt. Hier wäre es aber besser, wenn wir auch andere Vereine, die nicht so großzügig gefördert werden wie manch andere, und daher nur sehr wenig oder vielleicht gar nichts bekommen, besser unterstützen würden.

Der nächste Punkt bezieht sich auf den E\_Cube. Dabei zeigt auch der vorliegende Nachtragsvoranschlag wieder einmal, dass dieses Projekt von Anfang an nicht völlig durchdacht war oder vielleicht auch manchmal nicht genug zugehört worden ist. Man hat für einen Lagerraum, um dort dann Bühnenelemente zu lagern, € 50.000,-- investiert. Dadurch sind natürlich auch die Gesamtkosten für den E\_Cube um weitere € 50.000,-- gestiegen und haben sich seit der Kostenschätzung im Jahr 2011 von ca. € 700.000,-- nahezu verdoppelt. Das bedeutet aber nicht, dass uns die Jugend dieses Geld nicht wert ist, sondern dass wir mit dem umgesetzten Projekt des E-Cube einfach nicht alle Bedürfnisse der Jugend abgedeckt sehen. Auch bei den Rechts- und Beratungskosten sind, wie im Nachtragsvoranschlag ersichtlich ist, um zwei

Drittel gestiegen, wobei hier rund € 64.000,-- für die Beauftragung einer oberösterreichischen Beratungsfirma zur Belebung der Innenstadt ausgegeben wurde. Komisch ist, dies nicht bereits bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 2016 berücksichtigt zu haben – die Sorge um die Entwicklung der Innenstadt muss wohl bei der ÖVP sehr plötzlich gekommen sein. Wichtig ist hier aber in jedem Fall, dass wir uns in Zukunft noch intensiver dem Thema der Belebung der Innenstadt widmen und nicht noch mehr Jahre bei der nicht so positiven Entwicklung seitens der Stadt zugesehen wird.

Kurz zusammengefasst, und um das auch abzuschließen, werden wir, wie auch schon beim Budgetvoranschlag für 2016, auch diesem Nachtragsvoranschlag nicht zustimmen. Da dieser Nachtragsvoranschlag nur eine notwendige Ergänzung zum Budgetvoranschlag darstellt, und diesen haben wir ja aufgrund der fehlenden sozialen Handschrift und der Ablehnung von einigen Budgetvorschlägen der SPÖ, abgelehnt. Darum werden wir auch diesen Nachtragsvoranschlag heute ablehnen.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Eines ist mir schon ein Herzensanliegen, weil immer auf die Vereinsförderung Bezug genommen wird. Man muss sich das schon im Detail anschauen, bevor man pauschal hier Vorwürfe macht. Die Vereinsförderungen sind primär projektabhängig, und das ist nun mal so, dass im Bereich des UFC St. Georgen ein großes Projekt abgewickelt wurde. Ich würde dann diejenigen Damen und Herren bitten, die sich bei diesem Thema gemeldet haben, dann bei anderen Vereinen, die auch sehr großzügige Unterstützung der Stadt bekommen werden, dass dann auch zu sagen, dass das vielleicht nicht in Ordnung ist. Das werden wir nächstes Jahr sehen, da geht es auch um Beträge zwischen € 300.000,--- und € 400.000,-- für einen Verein. Ich hoffe, dass das dann auch mit gleichem Maß auch gesehen wird.“

Stadtrat Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Mein Schlusswort wird sehr kurz ausfallen, denn die vorhergegangenen Redner, denen ich für ihre Meinung zu unserem Nachtragsvoranschlag sehr danke, haben eigentlich nichts gesagt, was einer Replik von mir bedürfte. Sie sind in Wahrheit draufgekommen, wie es gemeint ist. Ich ersuche Sie daher, mir zu gestatten, von einer Verlesung des Konvoluts Abstand zu nehmen und diesem Nachtragsvoranschlag zuzustimmen.“

Der Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit den Stimmen der ÖVP-Gemeinderatsmitglieder – Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner, Vizebürgermeister Mag. Josef Mayer, Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth, Stadtrat Walter Laciny, Stadtrat Hans Skarits, Birgit Tallian, Josef Weidinger, Adelheid Hahnekamp, Andrea Zänglein, Istvan Deli, Werner Klikovits, Ruth Klinger-Zechmeister, Johann Wagner, Mag. Josef Christian Schmall sowie Gerald Hicke und den Stimmen der Grünen–Gemeinderatsmitglieder Mag. Yasmin Dragschitz, LAbg. Mag. Regina Petrik und Anja Haider-Wallner gegen die Stimmen der SPÖ-Gemeinderatsmitglieder – Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs, Stadträtin Renée Maria Wisak, Bernd Weiß, Mag. Klaus Mracek, Dr. Ramin Pecnik, Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt, Mag. Dr. Richard Mikats, Niklas Tschida und Ulrike Locsmandi und gegen die Stimmen der FPÖ-Gemeinderatsmitglieder – LAbg. Géza Molnár und Dr. Gottfried Traxler zum Beschluss erhoben wurde.

### **18. Prüfungsausschuss, Bericht**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Gemeinderat Mag. Dr. Richard Mikats das Wort. Dieser erstattet folgenden

#### **Bericht**

über die 3. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 28.09.2016

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Der Vorsitzende stellt fest, dass eine Äußerung des Kassenführers Mag. Michael Lebeth vom 03.11.2016 vorliege, die folgenden Wortlaut hat: „Dem Bericht des Prüfungsausschusses vom 28.09.2016 habe ich nichts mehr hinzuzufügen.“

„Gemäß den Bestimmungen des § 76 Abs. 7 des Eisenstädter Stadtrechtes nehme ich den Bericht des Obmannes des Prüfungsausschusses, Herrn Gemeinderat Mag. Dr. Richard Mikats, zur Kenntnis. Gleichzeitig danke ich ihm und den Mitgliedern des Prüfungsausschusses für die durchgeführte Kontrolltätigkeit.“

### **19. Allfälliges**

Der Vorsitzende Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner erteilt Herrn Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs das Wort. Dieser führt aus:

„Danke Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Lieber Géza Molnár, wie du vorhin diesen Etappenplan erwähnt hast, halte ich für die SPÖ fest, dass die SPÖ jeden Menschen gleich sieht. Ich möchte– vielleicht habe ich mich nicht gut genug ausgedrückt – ich war mit der Christine Maron, die seit Jahren an Multipler Sklerose leidet, in der Eisenstädter Innenstadt. Wir sind im Stadtrestaurant gewesen, nach eineinhalb Stunden sagt sie zu mir, dass sie jetzt nach Hause gehen müsse. Ich fragte sie, warum, und dass es ein wunderschöner Abend sei und wir noch ein bisschen trinken könnten. Da meinte sie, dass es für sie nicht so leicht wäre, dass sie eben nicht barrierefrei in der Stadt auf die Toilette gehen kann. Und sie bräuchte die Barrierefreiheit und eben Hilfe. Um genau das geht es auch. Wenn du meine Partei ansprichst, dann möchte ich schon festhalten, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass ein Norbert Hofer gegen diesen Etappenplan heute wäre. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass hier Norbert Hofer eben dagegen gestimmt hätte.“

Gemeinderätin LAbg. Mag. Regina Petrik:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe hier 3 Anliegen vorzubringen. Das erste bezieht sich auf den Stadtbezirksausschuss St. Georgen. Da wurde den Stadtbezirksausschuss-Mitgliedern mitgeteilt, dass um das Schauerkreuz herum das neu aufgebaute Jägerbataillon in Eisenstadt diesen Platz wieder benützen möchte. Es wurde nicht näher erläutert, in welchem Umfang, es wurde nicht näher erläutert, was das wirklich bedeutet. Es wurden aber die Mitglieder des Stadtbezirksausschusses aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen und dafür zu sein. Bei genauerem Nachfragen wurde dann nur gesagt, dass das früher auch so war, und das wird schon so sein. Das ist keine gute Grundlage für eine Entscheidung, wenn man gar nicht genau weiß, worum es eigentlich geht. In dem Fall sogar, Gemeinderat Wagner, der zwar nicht stimmberechtigt ist im Stadtbezirksausschuss, aber dort anwesend war, war es so, dass er auch sehr skeptisch war, wie mir eben berichtet wurde. Wenn es in einem Punkt, der nicht allgemeiner Einheit ist, gesamtgesellschaftlich oder hier im Gemeinderat dann einmal eine gemeinsame Skepsis gibt eines Grünen und des Gemeinderat Wagner, dann denke ich, dass das fast schon historische Bedeutung und da ist sicher irgendetwas dran. Es geht darum, beim Schauerkreuz wurde bis vor etwa 5 Jahren vom Bundesheer der sogenannte „Garnisonsübungsplatz“ gepachtet. Im Stadtbezirksausschuss war die Anfrage ihn benützen zu dürfen. Es geht um eine Pacht, es geht jetzt darum, dass dort die Ausbildung der Rekruten stattfinden soll und

nicht irgendein Übungsplatz reaktiviert werden soll. Es geht um ungefähr 100 Soldatinnen und Soldaten, in der Regel jeweils maximal einen Tag, aber Genaueres weiß man auch noch nicht so. Ich würde bitten, in Zukunft, wenn Mitglieder eines Stadtbezirksausschusses dazu aufgefordert werden, einem Antrag zuzustimmen, hier detailliertere Informationen vorzulegen. Wir hatten hier auch schon öfter die Diskussion, kann man einem Antrag zustimmen, wenn noch Fragen offen sind, und als Antwort kam manchmal, wir kennen ja die handelnden Personen, die sind doch vertrauenswürdig. Das ist für mich keine Grundlage einer politischen Entscheidung, weil es hier eben nicht um persönliches Vertrauen geht sondern um Sachlichkeit. Ich bitte das in der nächsten Stadtbezirksausschusssitzung noch deutlicher zu klären. Ein weiteres Anliegen, ich möchte darauf hinweisen, dass der Parkplatz beim Bahnhof Eisenstadt-Schule, eigentlich kein Parkplatz ist, dieser Straßenstrich, entschuldige natürlich Straßenabschnitt, ist in einem katastrophalen Zustand. Wer dort schon mal stehen geblieben ist, weiß, dass sein Auto in einer riesigen Lacke steht. Man kann nicht einmal sein eigenes Auto verlassen, wenn man mit dem Zug nach Wien fahren möchte, sobald es nämlich regnet, seine Füße baden muss. Ich bitte ganz dringend, das aufzunehmen in den Plan der baulichen Maßnahmen, weil wir können auf der einen Seite nicht so tun, als würden wir öffentlichen Verkehr fördern, aber den Leuten es dann nicht ermöglichen, bei den Bahnhöfen zu parken. – Zwischenrufe – Es freut mich sehr, dass die Kolleginnen und Kollegen für den Rest des Abends jetzt noch viel zu lachen haben und dass ich dazu etwas beitragen konnte. Noch eine Kleinigkeit - in kleinen Schritten liegt ja oft ein Beitrag zu einem wichtigen großen Schritt - die mir schon wichtig ist: wir haben hier im Rathaus einen Kaffeeautomaten für die Gäste, die kommen, die Bürgerinnen und Bürger, das ist auch sehr schön. Er wird leider mit Plastikbechern betrieben, und so etwas wäre nicht notwendig. So ein Gerät kann man auch mit Papierbechern ausstatten. Es haben schon ganz andere Betriebe sich diesbezüglich umstellen können. Hier meine Anregung in nächster Zeit, wenn die nächste Plastikbechertranche aufgebraucht wird, auf Papierbecher umzusteigen, im Sinne des umfassenden Klimaschutzes. Danke!“

- Zwischenrufe -

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich möchte gleich, soweit es möglich ist, antworten. Zum letzten Punkt sage ich jetzt einmal nichts, mal schauen, ob das möglich ist. Parkplatz bei der Bahneinstiegsstelle Schule.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Bahnhof – Schule. Das stimmt natürlich, dass der Zustand dort nicht optimal ist. Das ist auch richtig.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Naja, katastrophal ist..... Das Problem entsteht bei Regenfällen, das ist auch richtig so. Allerdings ist dort der Punkt, dass wir schon gerne die Umbauarbeiten in der HTL abwarten wollen, bevor wir dort in die Gestaltung der Straße Geld investieren. Dort ist eben zu befürchten, dass, wenn wir jetzt investieren und dort alles herrichten, dass dann eben durch die Baufahrzeuge wieder Schäden entstehen. Ehrlich gesagt, möchte ich dem gerne sozusagen entgehen. Hoffentlich wird das bis zur Fertigstellung von den Benutzern des Parkplatzes noch geduldet. Es wird meines Wissens auch immer versucht, mit entsprechendem Recyclingmaterial, das immer so herzurichten, dass es halbwegs geht. Richtig ist aber definitiv, dass das hergerichtet werden muss, und das werden wir auch zum gegebenen Zeitpunkt machen. Was die Frage des Schauerkreuzes betrifft, habe ich den Eindruck, dass du nicht bei der Stadtbezirksausschusssitzung dabei gewesen bist. Offenbar hast du vom Hörensagen hier die Wortmeldung abgegeben. Aus der Mimik der anwesenden Gemeinderatsmitglieder.....“

Gemeinderätin LAbg. Mag. Regina Petrik:

„Ich habe mich auf das Protokoll bezogen!“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, ja! Aber aus der Mimik heraus habe ich da keine Zustimmung erkennen können. Da hat es unterschiedliche Wahrnehmungen gegeben.“

Gemeinderätin LAbg. Mag. Regina Petrik:

„Korrektur: Ich habe mich aufs Protokoll bezogen!“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Okay, das nehme ich auch zur Kenntnis. Ich möchte aber noch etwas zur Sache sagen. Richtig ist, dass das Bundesheer angefragt hat, den Bereich des Schauerkreuzes wieder nutzen zu können, wie es auch früher schon einmal war, während in Eisenstadt Ausbildungsmaßnahmen gesetzt worden sind. Das ist auch normal, wer beim Bundesheer war, der weiß das auch. Das Gelände braucht man auch für diese Ausbildung der Rekruten. Das ist ein Übungsplatz für Auszubildende und nur deshalb, weil wir keine Rekruten mehr in den letzten Jahren hatten, ist der Bereich des Schauerkreuzes nicht mehr gebraucht worden. Grundsätzlich bin ich schon dafür, dass man dem Bundesheer die Möglichkeiten gibt, im Sinne der Sicherheit. Mir ist es eigentlich darum gegangen, dass das im Stadtbezirksausschuss besprochen wird. Ich möchte einen Weg finden, wo man beides machen kann, einmal für das Bundesheer, aber auch so wie bisher, von der Bevölkerung genutzt werden kann. Da muss man eben wissen, zu welchen Zeiten was passiert, und darum ist es mir eigentlich gegangen. Von einer Pacht ist keine Rede, es war die Anfrage, das nutzen zu können. Da geht es auch nicht um einen Pachtschilling oder sonstiges, sondern einfach darum, dass man einen Weg findet, beiden Bedürfnissen Rechnung zu tragen.“

Gemeinderätin Adelheid Hahnekamp:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich habe den Antrag vorgelesen, dazu gab es auch ein Foto, er konnte das Foto auch sehen. Ich habe den Antrag, so wie er gestellt wurde, ihm gezeigt. Wir haben dann auch darüber diskutiert und haben natürlich eine Abstimmung getroffen, weil es auch der Wille war, diesen Antrag abzustimmen, damit wir sagen können, so hätten wir das gerne.

Die Frage zu den Namen, es sind auch Damennamen wieder auf Damennamen umgeändert worden. Es war auch der Antrag der Anwohner und nicht nur willkürlich, so wie wir uns das vorgestellt haben, sondern natürlich ist das auch mit den Anrainern besprochen worden, und die hätten das gerne umgeändert gehabt. Um das ist es auch gegangen.“

- Zwischenrufe –

Gemeinderätin Adelheid Hahnekamp:

„Was auch der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, und das habe ich auch so vorgelesen.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Das ist genau das, worum es geht. Es gibt wieder Ausbildungen in der Kaserne Eisenstadt, es gibt Rekruten, und daher brauchen die auch einen Platz, um die Ausbildung vornehmen zu können. Die Anfrage war eben im Bereich des Schauerkreuzes, und das werden wir hoffentlich auch so lösen, dass beides möglich ist, nämlich die Ausbildung des Bundesheeres zu managen und gleichzeitig aber der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, so wie es in den letzten Jahren auch gewesen ist, dort unter bestimmten Voraussetzungen Grillfeste zu feiern etc.“

Gemeinderätin Anja Haider-Wallner:

„Der Tagesparkplatz „Glorietteallee“ wird sehr eifrig von Menschen, die in Eisenstadt arbeiten, genutzt und ist auch manchmal schon um 08:00 Uhr morgens überparkt, weil die Autos so unterschiedlich parken. Die Abstände sind groß, manche stehen schräg, manche aber gerade, und damit kann nicht das volle Potential ausgenutzt werden. Wird es im Rahmen des Parkleitsystems dort eine Lösung geben? Wird dieser Parkplatz inkludiert sein? Wenn er inkludiert ist, aber auch wenn er nicht inkludiert ist, wird es dort einmal Markierungen geben, damit die Autos wissen, wie sie parken sollen und man hier auch alles ausnutzen kann? Und zum Parkleitsystem möchte ich fragen, wie weit das Projekt jetzt ist, und wann mit der Umsetzung begonnen wird?“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Dieser Befund, was den Parkplatz „Glorietteallee“ betrifft, den habe ich so jetzt noch nicht wahrgenommen, dass dort so geparkt wird, dass die Autos dort nicht ordentlich nebeneinander stehen würden. Aber wir werden das einmal unter Beobachtung nehmen. Eine Markierung würde voraussetzen, dass man dort asphaltieren muss, was natürlich entsprechende .....

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, das kann man sich überlegen, ob man dann am Gehsteig..... Ich werde mir das aber einmal anschauen, wie dort wirklich die Situation ist. Wenn es so ist, dann werden wir uns überlegen, dass wir das dann so darstellen, dass das für die Autofahrer auch klar ist, wie sie stehen sollten. Eigentlich ist es eh klar, einfach am besten gerade hineinfahren.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Parkleitsystem: wir sind in den Planungen soweit, dass wir eine Ausschreibung machen können. Wann die Umsetzung genau sein wird, werden wir noch sehen, ob wir das im nächsten Jahr starten können. Das ist auch eine Frage des Budgets, das noch nicht fertig ist.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, die Anregungen, die in der Steuerungsgruppe gemacht worden sind, sind hineingenommen worden.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja sicher, da würde ich ersuchen, sich direkt an Herrn DI Werner Fleischhacker zu wenden, der alles, was das Parkleitsystem betrifft, auf den Tisch legen kann.“

Gemeinderat Dr. Gottfried Traxler:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Überquert man auf der Feldstraße vom Friedhof kommend den Krautgartenweg, gelangt man auf den neuen gebührenpflichtigen Parkplatz, der dann in die Straße vor der HAK einmündet. Biegt man dann vom Parkplatz nach links Richtung Finanzamt ab, sieht man keinerlei Verkehrszeichen, dass man sich in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone befindet. Ich rege daher an, die entsprechenden Verkehrszeichen für die Kurzparkzone dort aufzustellen, weil sonst keine ordnungsgemäße Kundmachung vorliegt. Danke!“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ist mir bis jetzt nicht bewusst gewesen. Wir werden uns das gerne anschauen!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich habe das vorhin schon angedeutet. Ich wollte wegen dem E\_Cube noch einmal fragen, wie die Probenräume angenommen werden? Wie es hier mit Mieteinnahmen aussieht? Mieten sich dort eigentlich Bands ein und wie sich das entwickelt hat? Das muss nicht gleich beantwortet werden, aber vielleicht kann man das einmal eruieren, und vielleicht kann man das überhaupt einmal evaluieren.“

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ja, es gibt Bands, das weiß ich auch, aber ich kann jetzt leider nicht sagen, wie viel und was dort die Mieteinnahmen sind.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Nein, für die Proberäume!“

- Zwischenrufe –

Bürgermeister LAbg. Mag. Thomas Steiner:

„Ich darf noch mitteilen, dass die nächste Sitzung des Gemeinderates für 14.12.2016 geplant ist. Freut mich, dass das sogar Eingang gefunden hat in das neue Gemeinderecht, dass das jetzt für alle anderen auch verpflichtend sein wird.“

- Zwischenrufe –

In Ermangelung weiterer Tagesordnungspunkte schließt der Vorsitzende die Sitzung des Gemeinderates um 20:10 Uhr.

Die Schriftführerin:

Mag.<sup>a</sup> Gerda Török eh.

Der Vorsitzende:

Mag. Thomas Steiner eh.

Die Beglaubiger:

Ruth Klinger-Zechmeister eh.

Dr. Gottfried Traxler eh.